

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Frauen im Präsidentenamnt

Dr. Hilda Heine von den Marshall-Inseln ist eine von insgesamt nur 16 Präsidentinnen weltweit. Sie ist zudem die einzige Frau an der Spitze eines pazifischen Inselstaates. In folgenden Staaten haben derzeit Frauen das Präsidentenamnt inne: Malta, Kroatien, Mauritius, Nepal, Taiwan, Estland, San Marino, Liberia, Argentinien, Litauen, Kosovo, Südkorea, Chile, Zentralafrikanische Republik und der Schweiz.

Nach Angaben des *World Economic Forum* haben 56 von 146 Staaten in den letzten 50 Jahren Frauen an die Spitze des Staates gestellt, einige Staaten jedoch nur für wenige Monate.

(<http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/03/08/women-leaders-around-the-world/>,
<http://www.guide2womenleaders.com/>)

Erstmals Frau an der Spitze des Pazifik-Referates

Die Asiatische Entwicklungsbank ADB hat erstmals eine Frau zur Leiterin des Pazifik-Referates ernannt. Frau Carmela Locsin ist ab sofort zuständig für die Implementierung des Programms „*Pacific Approach 2016-2010*“, bei dem es darum geht, den Aufbau des privaten Sektors in den Pazifikstaaten zu fördern. Dazu soll ein gutes Investitionsklima geschaffen werden. Die Auswirkungen von Klimawandelfolgen auf die Wirtschaft sollen abgemildert werden und wirtschaftliche Risiken sollen minimiert werden.

Die Philippina Ma Carmela D. Locsin arbeitet seit 1997 in verschiedenen Positionen für die ADB. Zuvor war die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin bei der Weltbank beschäftigt.

Info: Der „Pacific Approach“ - das Entwicklungshilfeprogramm der ADB für einige pazifische Staaten

- soll dabei auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Pazifikstaaten stärken. Ausgenommen vom „Pacific Approach“ sind Fidschi, Papua-Neuguinea und Timor-Leste, für die die ADB gesonderte Förderprogramme unterhält. (*Radio NZ Intern. 23.07.17*)

Pazifikinsulanerin wird neuseeländische Dichterin

Die in Auckland (Neuseeland) lebende Selina Tusitala Marsh aus Tuvalu ist von der *National Library of New Zealand* (neuseeländische Nationalbibliothek) zur „neuseeländischen Dichterin“ (*NZ Poet Laureate*) ernannt worden. Dr. Marsh hat samoanische, tuvaluische, schottische und französische Vorfahren und ist die erste Pazifikinsulanerin, die diesen prestigeträchtigen Literaturpreis bekommt. Sie war ebenso die erste Frau aus dem Pazifik, die an der Universität von Auckland ihren Doktor in englischer Literatur machte. Dr. Marsh unterrichtet derzeit an der Uni in Auckland Literatur der Maori und Pazifikinsulaner. Die 1971 geborene Schriftstellerin und Dichterin hat bereits drei Bände mit eigenen Gedichten veröffentlicht. Im August 2017 erschien ihr neuestes Werk „*Tightrope*“.

Info: Der *New Zealand Poet Laureate* („Neuseeländischer Dichterin“) ist ein/e von der National Library of New Zealand ernannter Dichter/in. Er soll Neuseelands Dichtergemeinschaft repräsentieren, die Poesie fördern und sich für ihre Belange einsetzen. Außerdem wird in der zweijährigen Amtszeit die Veröffentlichung einiger Werke erwartet. Das Preisgeld beträgt 100.000 NZ\$, von denen 20 % von der Nationalbibliothek einbehalten werden, um Kosten für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und für den *Tokotoko* des Preisträgers zu decken. Dieser ist ein mit Schnitzereien verzierter zeremonieller Gehstock der Māori, der dem Preisträger bei seiner Ernennung

überreicht wird. Zu den *Tokotoko* gehört ein *Matua* oder „Eltern-Tokotoko“, der in der Nationalbibliothek ausgestellt wird, um die gemeinsam mit den Ngāti Kahungunu ausgeübte Schutzherrschaft über den Preis zu symbolisieren. Die *Tokotoko* werden von dem in der Hawke's Bay ansässigen Künstler Jacob Scott geschaffen. Die *Matua* werden aus schwarzem Swamp Maire gefertigt und enthalten ein Gedicht des verstorbenen Hone Tuwhare, dem Preisträger von 1999 bis 2001.

Der Tradition des *Poet Laureate of the United Kingdom* folgend, der ein „Butt of Sack“, also etwa 480 l weißen Likörweins erhielt, bekommt der *New Zealand Poet Laureate* auch ein Weinkontingent vom *Te Mata Estate*. Der Preis wurde nämlich 1997 von diesem Weingut in der Region Hawke's Bay anlässlich des hundertsten Jubiläums des Unternehmens ins Leben gerufen.

(*Radio NZ Intern. 26.08.17*,
<http://www.nzepc.auckland.ac.nz/pasifika/marsh1.asp>, *Wikipedia*)

Neue Kampagne der SPC

Vertreter der 26 Staaten und Territorien der *Pacific Community* (SPC) haben bei ihrer Jahreskonferenz Ende Juli in Nouméa (Neukaledonien) ihre regionale Kampagne „Inspiring Women“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Anlässlich des 70-jährigen Bestehens der SPC sollen damit 70 einzelnen Frauen und/oder Gruppen von Frauen vorgestellt werden, die in den letzten 70 Jahren wegweisende soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen im Pazifik angestoßen und gefördert haben.

Seit dem 24. Juli wird jetzt 70 Tage lang auf der Homepage der SPC eine dieser Frauen vorgestellt. Die Kampagne gipfelt in der Eröffnung der *13th Triennial Conference of Pacific Women* und des *sechsten Treffens von pazifischen Ministerinnen* vom 2. bis zum 5. Oktober 2017 in Suva (Fidschi). (<http://www.spc.int/70-inspiring-pacific-women/>)

Ungesunder Lebensstil

Das amerikanische *Center for Disease Control and Prevention* hat jetzt die Ergebnisse einer Umfrage unter 11.085 Personen in 3.212 Familien zu ihrer gesundheitlichen Situation im Jahr 2014 veröffentlicht. Befragt wurden im „2014 Native Hawaiian and Pacific Islander National Health Interview Survey“ in den USA lebende gebürtige Pazifik-Insulaner sowie indigene Hawaier.

Als Ergebnis hält die 99-seitige Studie den schlechten Gesundheitszustand einheimischer Hawaier fest. Eine von vier Personen (Erwachsene und Kinder) leiden unter Asthma. Diese vergleichsweise hohe Zahl bei Erwachsenen führen die Gesundheitsbehörden auf den starken Tabakkonsum zurück. Rund 40 % der Hawaier gelten als krankhaft übergewichtig, desgleichen die in den USA lebenden Samoaner.

14 % der Hawaier leiden unter Bluthochdruck und Diabetes, zurückzuführen auf stark zuckerhaltige Lebensmittel. 5 % der Hawaier gaben an, unter starkem psychischen Stress zu stehen, das sind 2 % mehr als die Durchschnittsamerikaner.

37 % der befragten Samoaner gaben an, unter starken Rückenschmerzen zu leiden. Nur 12,7 % der Samoaner hatten Idealgewicht, alle anderen waren übergewichtig.

Die meisten der befragten Pazifikinsulaner beziehen aufgrund mangelnder beruflicher Qualifikationen ein sehr niedriges Einkommen oder leben von Sozialleistungen. Die Autoren des Berichtes sehen hier einen Zusammenhang zwischen niedrigem Bildungsstand und ungesunder Ernährung.

(*Samoa News* 24.07.17, 25.07.17, https://www.cdc.gov/nchs/data/series/sr_02/sr02_174.pdf)

Energieversorger diskutieren Strompreise

Mehr als 250 Vertreter von Energieversorgern, Regierungsvertreter und Partner aus der Entwicklungshilfe haben sich Anfang August in Apia zu ihrer 26. Mitgliederversammlung getroffen, um über Probleme und Herausforderungen der Energieversorgung auf den pazifischen Inseln zu diskutieren.

Dame Meg Taylor, die Generalsekretärin des *Pacific Islands Forum Secretariat*, sagte in ihrer Begrüßungsrede vor den Vertretern der *Pacific Power Association*, dass noch immer 76 % der in Ozeanien benötigten Energie über fossile Treibstoffe bezogen werden müssen. Damit sei man abhängig von den Schwankungen des Dieselpreises auf dem Weltmarkt.

Zur Vermeidung hoher Stromkosten sei es nötig, mehr Projekte zur Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien umzusetzen, etwa durch den Bau von Solarparks und Wasserkraftwerken.

Info: Zu der Jahreskonferenz im *Sheraton Samoa Aggie Grey's Resort* (Samoa) hatte die *Samoa Electric Power Corporation* eingeladen. Das Motto der diesjährigen Mitgliederversammlung der pazifischen Energiezulieferer lautete: „Affordable Electricity for All.“ Die hohen Stromkosten belasten vor allem Privathaushalte, so dass viele Bewohner der Region sich keinen Strom in ihren Häusern leisten können. (*Radio NZ Intern.* 02.08.17, <http://www.talane.com/2017/07/31/pacific-power-association-explores-affordable-electricity/>)

Mehr Geld zur Bekämpfung invasiver Arten

Mit vier Millionen US-Dollar unterstützt das amerikanische Innenministerium die amerikanischen Überseegebiete im Pazifik bei der Bekämpfung invasiver Arten. Guam, die Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa profitieren von dem Geld. Mehr

als 3,5 Millionen US-Dollar fließen nach Guam, wo die Ausbreitung der giftigen braunen Nachtschlangen auf pazifische Nachbarinseln verhindert werden soll.

Diese nachtaktiven Baumschlangen wurden vor 50 Jahren von der Insel Neuguinea eingeschleppt. Auf Guam konnten sie sich ungestört vermehren, da es dort für sie keine natürlichen Feinde gibt. Inzwischen hat die Schlange sämtliche einheimischen Vögel ausgerottet. Denn die Nester der nicht auf Raubtiere eingerichteten Vögel waren leichte Beute für die Kletterschlange.

Ein ausgewachsenes Exemplar der braunen Baumschlange kann bis zu drei Meter lang werden. Aber auch kleinere Exemplare sind für den Menschen gefährlich, denn die Schlange ist wendig, schnell und kann sehr aggressiv sein.

Mit 250.000 US-Dollar sollen die roten Feuerameisen auf den Nördlichen Marianen bekämpft werden. Bei einem Angriff attackiert diese kleine Ameise durch eine Kombination ihrer Kiefer und ihres Giftstachels am Hinterleib. Sie beißt erst in die Haut und spritzt in die entstandene Wunde ihr Gift ein. Mehrere dieser Angriffe erfolgen in kurzen Abständen voneinander. Das Gift besteht hauptsächlich aus hochwirksamen Alkaloiden, die mit einer leichten Zeitverzögerung eine brennende Hautreaktion hervorrufen. Die betroffene Stelle wird feuerrot und bildet Pusteln, bei Allergikern kommen Schockreaktionen hinzu.

Einzelne Ameisen sind nur für Allergiker gefährlich. Wird jedoch eine Kolonie der Tiere aufgestört, stürzen sich gleich mehrere Hundertschaften auf den potentiellen Angreifer. Schwere „Verbrennungen“ und lebensgefährliche Schockreaktionen sind das Resultat einer solchen Begegnung.

Mit den restlichen Geldern soll auf Amerikanisch-Samoa der Lopa-Baum (roter Sandelholzbaum) ausgerottet werden. Er

stellt eine Gefahr für die einheimischen Feuchtgebiete dar. (*Pacific Daily News* 24.07.17, *Lindner Biologie Handbuch*)

Erhöhung des Thunfischpreises

Der aktuelle Thunfischpreis für eine Tonne Thunfisch ist so hoch wie in den letzten drei Jahren nicht mehr. Derzeit wird auf dem Fischmarkt in Bangkok die Tonne Thunfisch mit 1.950 US-Dollar gehandelt. Im April des Jahres lag der Preis noch bei 1.500 US-Dollar.

Die Kostenexplosion hat mit der weltweiten Verknappung bestimmter stark nachgefragter Arten von Thunfisch (z.B. Gelbflossen-Thun) zu tun.

(*Marshall Islands Journal* 21.07.17, <http://www.deutschesee.de/wissen/fischlexikon/thunfisch/>)

Uni weicht Studentenwohnheime ein

Die *University of the South Pacific* (USP) hat auf ihrem Campus in Laucala (Fidschi) acht dreistöckige Studentenwohnheime in Betrieb genommen. Damit können weitere 192 Studierende auf dem Campus wohnen. Der fidschianische Arbeitsminister Jone Usamate sagte bei der Einweihung der 4,5 Millionen US-Dollar teuren Heime, diese kämen vor allem den Studierenden von außerhalb Fidschis zugute. Eine bezahlbare und sichere Unterkunft direkt auf dem Uni-Campus sei für viele Studierende ein Kriterium bei der Wahl ihres Studienortes. Gerade für Studierende aus ärmeren pazifischen Staaten seien die neuen Wohnheime ein großer Anreiz.

Die Wohnheime sind äußerst luxuriös möbliert. Auf jedem Stockwerk befinden sich je acht Einzelzimmer. In den Gemeinschaftsküchen und Wohnzimmern gibt es von Waschmaschinen über Toaster, Mikrowelle, Kühlschrank und Herd jede Annehmlichkeit für die Studierenden. (*Fiji Times Online* 19.07.17)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Vorläufige Wahlergebnisse

Noch immer (Stand: 7. September) werden die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 24. Juni bis 8. Juli 2017 auf der Seite der neuguineischen Wahlkommission als „schwebend“ (engl. pending) bezeichnet. Das Auszählen der von den Wählern angekreuzten Reihenfolge der Kandidaten (distribution of preferences) geht in einigen Wahlbezirken bereits in die 59. Runde. In einigen Wahlbezirken stehen dagegen die Gewinner bereits fest, obwohl noch nicht alle Stimmen gezählt und auf ihre Gültigkeit geprüft wurden. Diesen Kandidaten ist jedoch ihre Mehrheit nicht mehr zu nehmen. Zu Gewinnern in ihren Wahlkreisen wurden bis dato erklärt:

- Philip Hene Nai (People's National Congress Party) in der Hela Province
- Chris S. Haiveta (Kantipati) in der Gulf Province
- Jerry Singirok (Pangu Pati) für die Provinz Madang
- Paias Wingti (People's Democratic Movement Party) in den Western Highlands
- Michael Bugai Dua von der neuen Triumph Heritage Empowerment Party in der Hochlandprovinz Chimbu
- Robert Agarobe (Unabhängig) in der Central Province
- Gary Juffa (People's Movement for Change Party) in der Northern Province
- John Luke Crittin (People's National Congress Party) in der Milne Bay Province
- Sasindran Muthuwel (People's National Congress Party) in der Provinz West New Britain

- Nakikus Konga (People's Progress Party) in East New Britain
- Julius Chan (People's Progress Party) auf der Insel Neuirland
- Joe Lera (United Resources Party) für die autonome Region Bougainville

Die Wahl ist jedoch noch nicht abgeschlossen, da der Gewinner des Provinzsitzes der Provinz Southern Highlands noch nicht feststeht. Die Auszählung der Wählerstimmen wurde wegen ethnischer Gewalt in die Stadt Mount Hagen im Hochland von Papua-Neuguinea verlegt.

Trotz der fehlenden Wahlergebnisse hat das zehnte Parlament von Papua-Neuguinea bereits Anfang August seine konstituierende Sitzung gehabt, in deren Verlauf Premierminister Peter Paire O'Neill (*People's National Congress Party*) in seinem Amt mit einer klaren Mehrheit von 60 zu 46 Stimmen bestätigt wurde. Damit beginnt für O'Neill seine zweite fünfjährige Amtszeit. Zum Vize-Premier wurde Charles Abel gewählt.

Die Regierungskoalition hat derzeit nur 64 Parlamentarier. Damit reicht es nicht, wichtige Gesetzesvorhaben mit Zwei-Drittel-Mehrheit durchzubringen (wie die Anti-Korruptions-Kommission oder den Wealth Fund für Rohstoffentnahmen etc.).

Die Opposition hat derzeit phänomenale 46 Parlamentarier. Größter Gewinner ist mit elf gewählten Parlamentariern PNGs älteste Partei, die *Pangu Pati*. Sie ging mit zwei Abgeordneten ins Rennen. Nach den Wahlen sind dazu fünf gewählte Unabhängige zu Pangu übergetreten. Diese Partei ist damit mit 16 Abgeordneten die zweitstärkste im Parlament.

Aber das politische Stühlerücken hat bereits begonnen. Der *Pangu Pati*-Führer Sam Basil hat letzte Woche angekündigt, mit acht weiteren seiner Parlamentarier in die

Regierung zu wechseln. Sieben Pangu Mitglieder werden aber in der Opposition bleiben. Es ist damit zu rechnen, dass in absehbarer Zeit viele weitere derzeitige Oppositionsmitglieder in die Regierung wechseln, da nur diese Zugehörigkeit zur Regierungskoalition Gelder lockermacht und Projekte anschiebt. Über die gesamte letzte Legislaturperiode bestand die Opposition aus weniger als einem Dutzend Parlamentariern.

Trotz einer rekordverdächtigen Zahl von Kandidatinnen (167 Frauen von insgesamt 3.332 Kandidaten in 21 Provinzen), wurde erstmals seit 25 Jahren keine Frau in das 111-köpfige Parlament gewählt, was zu Unmut seitens der Bevölkerung führte. Mehrere politische Kommentatoren großer pazifischer Tageszeitungen äußerten sich zu dieser Sache.

Auch der noch unbestimmte Ausgang der Wahl führte zu Gewaltexzessen. Es kam zu Gewalttätigkeiten auf offener Straße, Gruppenvergewaltigungen und dem Niederbrennen von Fahrzeugen. Kandidaten wurden der Bestechung angeklagt, Wahlurnen wurden mutwillig zerstört. Bei einer Schießerei im Nachgang zu einem Wahlergebnis starben vier Menschen.

Mitarbeitende des kirchlichen bayerischen Partnerschaftszentrums Mission EineWelt berichteten von „Road Stopps“ und dem aggressiven Verhalten junger Wähler, die die Korruptierbarkeit der Kandidaten und das Nicht-Einhalten von Wahlversprechen beklagten. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik veröffentlichte einen Reisehinweis und warnte vor Menschenansammlungen in den Großstädten.

Die Wahl war nach allgemeiner Kritik nicht frei und fair, da das Wahlregister völlig vernachlässigt und noch schlechter als 2012 war. Zudem war die Gewalt ausgesprochen hoch (z.B. in Finschhafen, wo zwei Schulen und eine Polizeistation abgebrannt wurden). Geschätzte 55 Parlemen-

tarier von 111 Abgeordneten verloren ihren Sitz. Die Korruption war diesmal geringer als bei den Wahlen 2012, da die *Ombudsman Commission* schon im April verfügt hatte, dass der staatliche Geldhahn zubleibt und keine Distriktgelder mehr an Abgeordnete ausgezahlt werden. Hinzu kommt trotz vieler Bergbauprojekte die größte Wirtschafts- und Haushaltskrise in der Geschichte PNGs.

Insgesamt verlief auch die Wahlberichterstattung wesentlich schlechter als bei den letzten Wahlen. Ein Endergebnis liegt noch nicht vor. Selbst die Wahlkommission hat während der Wahlen die Aktualisierung ihrer Homepage mit den Wahlergebnissen einfach eingestellt. Es liegen auch noch keine schriftlichen Berichte der internationalen Wahlbeobachter vor (z.B. Commonwealth Group etc.).

Anmerkung der Redaktion: Die Angaben in diesem Artikel sind unter großem Vorbehalt zu betrachten, da die Nachrichtenlage unübersichtlich ist und sich viele neuguineische Medien in ihrer Berichterstattung uneins sind oder sich gar widersprechen. Einen (ebenfalls nicht ständig aktualisierten) Überblick über den Stand der Wahlen gibt es auf der Seite der Electoral Commission unter <http://results.pnhec.gov.pg/#results>.

(Vielen Dank an Dr. Dr. Roland Seib für die hilfreichen Ausführungen zur Wahl. The Guardian 02.08.17, Post-Courier 03.08.17, CIA World Factbook, Wikipedia, <http://devpolicy.org/whats-matter-with-elections-png-20170907/>)

Kapitän von fahrlässiger Tötung freigesprochen

Der Kapitän der Fähre *Rabaul Queen*, Anthony Tsiau, und der Besitzer der Fähre, Peter Sharp, sind vom Obersten Gerichtshof in Papua-Neuguinea vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen worden. Die Anwälte der Beklagten konnten erfolgreich nachweisen, dass das Sinken der Fähre auf einen unerwarteten Sturms mit sehr hohen Wellen zurückzuführen war. Die Anklage auf Überladung des Schiffes und

auf Seeuntüchtigkeit der in die Jahre gekommenen Fähre bleibt jedoch bestehen.

Hintergrund: Am 2. Februar 2012 kenterte und sank die *MV Rabaul Queen* um etwa 6.00 Uhr Ortszeit im Sturm in der Salomonensee etwa 9 Seemeilen nordnordöstlich von Finschhafen an der Ostküste der Insel Neuguinea, auf der Fahrt von Kimbe (Neubritannien) nach Lae, mit mehreren hundert Passagieren und zwölf Besatzungsmitgliedern an Bord. Dabei starben 172 Menschen, überwiegend Schüler, die zu Beginn des Schultrimesters auf dem Weg in ihre Internate waren.

Die 1983 gebaute Passagierfähre im Liniendienst Kimbe-Lae war für bis zu 310 Passagiere zugelassen. Die Reederei gab an, es seien 350 Passagiere und 12 Besatzungsmitglieder an Bord gewesen, aber überlebende Passagiere sprachen von mehr als 500 Menschen an Bord. (*Sydney Morning Herald* 21.04.12, *Radio NZ Intern.* 31.07.17, *Wikipedia*)

Regierung warnt Australien

Der neuguineische Justizminister Davis Steven hat die australische Regierung vor der überstürzten Schließung des australischen Flüchtlingslagers auf der Insel Manus gewarnt. Laut Gerichtsbeschluss des neuguineischen Obersten Gerichtshofes vom letzten Jahr muss das Lager zum 31. Oktober geschlossen werden.

Steven sagte in Richtung Australien, es könne keinesfalls angehen, dass PNG sich dann plötzlich gezwungen sähe, ohne australische (finanzielle) Hilfe für die rund 700 Asylsuchenden aufgenommen zu müssen. Australien müsse rechtzeitig angeben, wohin die Asylsuchenden gebracht werden sollen. Man werde z.B. keinesfalls homosexuelle alleinlebende Männer in PNG aufnehmen, betonte der Justizminister. Zwar gäbe es ein Abkommen mit den USA, wonach die Vereinigten Staaten die Menschen

aufnehmen würden, deren Asyl-anträge Erfolgversprechend seien bzw. bereits genehmigt worden seien. Angesichts der Politik des amerikanischen Präsidenten könne man sich auf diese Zusage jedoch sicher nicht verlassen, beklagte der Justizminister. Er bat die australische Regierung um eine schnelle Lösung. Man werde den aus Syrien, Äthiopien, dem Irak und weiteren Ländern stammenden Menschen kein Asyl in Papua-Neuguinea gewähren, wie Steven klar betonte: „*The PNG Government will not allow that to happen*“. (Zitat). (*The National* 28.08.17)

BOUGAINVILLE

Mangel an verschreibungspflichtigen Medikamenten

In Bougainville gibt es derzeit keine verschreibungspflichtigen Medikamente mehr zu kaufen. Auf diesen Missstand machte das ehemalige Parlamentsmitglied der Provinzregierung von Bougainville, Theresa Jaintong, im Juli die Presse aufmerksam. Sie sei zur Behandlung im Krankenhaus von Arawa gewesen, berichtete sie. Dort habe man ihr mitgeteilt, dass es bereits seit Juni keine Medikamente mehr gäbe. Man habe ihr ein Rezept ausgestellt und ihr geraten, die dringend benötigten Medikamente über Bekannte aus dem Ausland zu beziehen. Letztendlich seien Freunde in Manila eingesprungen und hätten ihr diese Medikamente geschickt, doch sei dies keine Lösung für tausende Menschen, die auf Nachschub an Medikamenten angewiesen seien.

Auf Nachfrage hin habe ihr die Krankenhausleitung mitgeteilt, dass sie seit Jahren nur sporadische Medikamentenlieferungen aus Festland-PNG bekämen. Das sei ein Skandal und trotz mehrfacher Interventionen auch seitens hochrangiger Politiker gelänge es nicht, die Insel Bougainville ausreichend und regelmäßig mit Medikamenten zu versorgen.

Über ähnliche Zustände berichten kirchliche Mitarbeitende des bayrischen Partnerschaftszentrums Mission EineWelt. Die im Auftrag der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Bayern in neuguineischen Krankenhäusern tätigen Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen beklagen neben dem permanenten Medikamentenmangel auch die mangelnde technische Ausstattung kirchlicher Krankenhäuser sowie die ständigen Strom- und Wasserausfälle. (*Radio NZ Intern.* 07.08.17, persönliche Gespräche mit MEW-Mitarbeitenden)

SALOMONEN

Silbermedaille für Schokolade

Der Schokoladenproduzent *C-Corp Ltd.* hat mit seiner Schokolade „Solomons Gold“ eine Silbermedaille in der Kategorie „Bean to Bar“ bei dem Wettbewerb der prestigeträchtigen „Academy of Chocolate“ in London gewonnen. Der Preis wurde am 18. Juli in London an Clive Carroll, den geschäftsführenden Direktor des Produzenten, übergeben.

„Solomons Gold“ hat einen Kakaanteil von 70 % bis 75 %, es handelt sich also um eine recht bittere Schokolade. Die Kakaobohnen werden auf den Salomonen geerntet und dann in Neuseeland zu Schokolade weiterverarbeitet. *C-Corp* produziert seit 2014 und hat mehrere Schokoladensorten unter der Produktlinie „Solomons Gold“ entwickelt, u.a. gibt es laktosefreie, glutenfreie und nussfreie Schokolade für Allergiker. Alle Sorten werden ohne Zusatzstoffe und Konservierungsmittel aus rein natürlichen Rohstoffen hergestellt.

(<http://www.solomonsgold.co.nz/>, SIBC 13.07.17)

Erfolg für Robotik-Team

Immerhin zum 31. Platz (bei 160 teilnehmenden Ländern) hat es das Robotik-Team der Salomo-

nen bei der ersten weltweiten Robotik-Meisterschaft vom 16. bis 18. Juli im amerikanischen Washington geschafft. Die vier Schüler der *Woodford International School* konnten innerhalb des dreitägigen Wettbewerbs vier erfolgreiche Programmierungen für sich verbuchen. An zwei Aufgaben scheiterte das Team. Immerhin reichte das Ergebnis, um sich für die nächste Robotik-Meisterschaft 2018 in Mexiko zu qualifizieren.

Sieger in allen zehn Kategorien wurde ein gemischtes Team aus Europa. Eine Goldmedaille erhielt das „Team Oceania“ für die Gesamtleistung ihres Roboters in allen Kategorien. Das Team aus verschiedenen pazifischen Ländern erhielt für diese Leistung den *Albert Einstein Award for FIRST Global International Excellence*.

Info: Zum ersten globalen Robotik-Wettbewerb in Washington waren jugendliche Teams aus 160 Staaten angereist. Der Wettbewerb wurde zum Thema eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, SDG) ausgerichtet: Zugang zu sauberem Wasser. Die jungen Programmierer sollten während des Wettbewerbs Spiele und Apps entwickeln, die sich mit dem Thema Trinkwasser, Wassermangel und Wasserversorgung beschäftigen. In multinationalen Teams sollten sie sich überlegen, mit welchen technischen Hilfsmitteln Trinkwasser gelagert und aufbereitet werden kann und wie neue Wasserquellen erschlossen werden können.

Bereits im März wurde allen teilnehmenden Teams ein Set mit Materialien zugeschickt, aus denen sie bereits in ihren Heimatländern ferngesteuerte Roboter basteln konnten. Ein Dreier-Mädchen-Team aus Vanuatu programmierte z. B. ein Auto mit Wassertank, das sich ferngesteuert lenken lässt.

Am letzten Wettbewerbstag trafen die einzigen sechs Teams, die

nur aus Mädchen bestanden (darunter auch das Team aus Vanuatu) die Tochter des amerikanischen Präsidenten, Ivanka Trump. Sie setzt sich für die Gleichstellung von Mädchen und Frauen in allen Berufssparten ein und zeigte sich erfreut, dass nun endgültig auch Frauen in die vormals reine „Männerdomäne“ der Programmierwelt eingetaucht sind. (*Vanuatu Daily Post* 14.05.17, <http://first.global/fgc/global-first-challenge/>, *Radio NZ Intern.* 22.07.17, <https://share.america.gov/students-build-robots-for-global-competition/>)

Alkoholverbot auf Guadalcanal?

Der Gouverneur der Provinz Guadalcanal, Anthony Veke, denkt über ein Alkoholverbot in der Provinz nach und wird bis Ende dieses Jahres eine entsprechende Gesetzesvorlage ins Provinzparlament einbringen. Veke begründet seinen Vorstoß mit der Zunahme durch alkoholbedingte Straftaten, von Kleinkriminalität bis hin zu Mord und Totschlag unter Alkoholeinfluss.

Vor allem junge arbeitslose Männer seien durch den Alkoholmissbrauch gefährdet. Aus lauter Langeweile betrinken sich bereits Jugendliche vor allem in den ländlichen Regionen der Provinz, wo es keinerlei Berufs- oder Freizeitangebote gibt.

Gouverneur Veke will zudem die Alkohol-Werbeplakate entlang der Hauptstraßen verbieten lassen. Ein Alkoholverbot auch für die Hauptstadt Honiara kommt nach Angaben des Gouverneurs jedoch nicht in Frage. Überhaupt gelte es, die Gesetzeseingabe so zu formulieren, dass sich die Menschen nicht in ihren persönlichen Rechten beschnitten sähen, erläuterte Veke. (*SIBC* 05.07.17)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk, Berlin.]

UN-Klimakonferenz unter fidsch. Präsidentschaft in Bonn

Vom 6. bis zum 17. November 2017 findet unter der Präsidentschaft von Fidschi die nächste UN-Klimakonferenz statt. Aus logistischen Gründen findet die Konferenz jedoch nicht im Ausrichterland statt, sondern am Sitz des UN-Klimasekretariats in Bonn. Sowohl die Vereinten Nationen als auch Fidschi und die deutsche Bundesregierung, welche den pazifischen Inselstaat bei der logistischen Durchführung der Konferenz unterstützen, haben jedoch betont, dass es sich um eine fidschianische Konferenz handle und von dieser ein „fidschianischer Bula-Spirit“ ausgehen solle. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung Gelder bereitgestellt, mithilfe derer Fidschi Artefakte und kulturelle Dekorationen aus Fidschi und Museen in Europa nach Bonn einfliegen lassen kann, um die Konferenz auch optisch „fidschianisch“ zu gestalten.

Bei der Konferenz handelt es sich um die jährlich stattfindenden, miteinander gekoppelten Konferenzen der Vertragsstaaten (*Conference of the Parties, COP*) der UN-Klimarahmenkonvention (*UN Framework Convention on Climate Change, UNFCCC*) und zur Umsetzung des im Jahr 2015 beschlossenen Klimaabkommens von Paris. Insgesamt werden bis zu 25.000 Teilnehmende erwartet, darunter Delegationen aus allen 195 Unterzeichnerstaaten der Klimarahmenkonvention. Dies beinhaltet alle unabhängigen pazifischen Staaten (zusätzlich zu den Mitgliedern der Vereinten Nationen zählen auch die Cook-Inseln und Niue zu den Vertragsparteien der Konvention). Zusätzlich werden tausende Beobachterinnen und Beobachter von Nichtregierungsorganisationen und aus der

Wissenschaft erwartet.

Inhaltlich wird die Agenda der Konferenz von Fidschi bestimmt. Es ist das erste Mal, das ein Inselstaat die Präsidentschaft über die UN-Klimaverhandlungen übernimmt. So stehen insbesondere die Gefahren des Klimawandels für Inselstaaten und die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen im Mittelpunkt. Fidschi hat dabei mehrfach deutlich gemacht, dass es nicht nur für sich selber sprechen möchte, sondern sich für die Interessen der gesamten pazifischen Inselstaaten stark machen möchte. Als Ziel gesetzt hat sich Fidschi dabei, insbesondere über die Möglichkeiten zu verhandeln, die für viele pazifische Inselstaaten überlebenswichtige Zielsetzung der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5°C zu erreichen.

Im Paris-Abkommen hat sich die Staatengemeinschaft derzeit primär das Ziel gesetzt, den Temperaturanstieg auf „deutlich unter 2°C“ zu begrenzen, wenn möglich, so heißt es in einem auf Druck der Inselstaaten aufgenommenen Zusatz, auf 1,5°C. Zu erwarten ist, dass es zumindest hinter den Kulissen auch um die Ankündigung der USA gehen wird, sich aus dem Paris-Abkommen zurückzuziehen. Noch ist allerdings keine offizielle Mitteilung über einen Austritt beim UN-Klimasekretariat eingegangen und ein solcher würde auch erst nach mehreren Jahren gültig werden, sodass die USA auch an diesen Verhandlungen zum Klimaabkommen weiterhin teilnehmen werden.

Die eigentliche Konferenz findet in zwei „Zonen“ statt: In der sogenannten „Bula Zone“ finden die eigentlichen Verhandlungsrunden statt, in der „Bonn Zone“ gibt es zusätzliche Side-Events und Aktionsbereiche für Regierungen und Nichtregierungsorganisationen. Auch Fidschi wird sich hier mit einem Pavillon vorstellen. Die „Bula Zone“ erstreckt sich über das *World Conference Center*, das

Gebäude des UN-Klimasekretariats und den UN-Campus in Bonn. Außerdem werden hinter dem Sitz der „Deutschen Welle“ zusätzliche vorübergehende Bauten errichtet, in denen unter anderem das Medienzentrum und Delegationsbüros eingerichtet werden. Die „Bonn-Zone“ befindet sich auf einer Wiese an der Rheinaue, auch hier werden eigens für die Konferenz vorübergehend Räumlichkeiten errichtet. Zu beiden Zonen gibt es jedoch keinen öffentlichen Zugang, sondern nur auf Nominierung von UN-Mitgliedstaaten oder akkreditierter Organisationen.

Die Konferenz teilt sich in zwei Verhandlungswochen auf. Während in der ersten der beiden Wochen voraussichtlich stärkere inhaltliche Arbeit stattfindet, wird sich der Blick der Medien und der Öffentlichkeit wohl vor allem in der zweiten Konferenzwoche auf Bonn richten: Dann reisen neben den Delegierten der verschiedenen Verhandlungspartner auch Staats- und Regierungschefs sowie Minister zahlreicher Länder an, um am Ende der Konferenz über ein Beschlussdokument abzustimmen. Geleitet werden die wichtigsten Verhandlungen der Konferenz vom fidschianischen Ministerpräsidenten Voreqe Bainimarama.

Wie fidschianische Medien berichteten, betonte Bainimarama jedoch, es gehe ihm mit der Präsidentschaft über die Klimakonferenz nicht um seine eigene Reputation. Bei seiner Rolle bei den Verhandlungen ginge es nicht um Politik, sondern um die Rettung der Welt und darum, kleinen Inselstaaten eine Stimme zu geben. Bainimarama brachte auch seine Hoffnung zum Ausdruck, dass US-Präsident Donald Trump an der Konferenz teilnehmen könnte. Dies ist derzeit auf amerikanischer Seite jedoch unwahrscheinlich. Dafür wird auf Einladung von Fidschi Hollywood-Prominenz in Bonn dabei sein, darunter der Schauspieler und Klimaaktivist Leonardo DiCaprio und möglicherweise auch der frühere Gou-

verneur von Kalifornien und Schauspieler Arnold Schwarzenegger. (*Radio New Zealand International* 25.8.17, *Fiji Times* 24.8.17, *Rhein-Sieg-Anzeiger* 19.5.17, *eigene Recherchen und Gespräche*)

Rückblick: UN-Ozeankonferenz unter Leitung von Fidschi in New York

Vom 5. bis zum 9. Juni 2017 hat am Hauptsitz der Vereinten Nationen unter der Leitung von Fidschi und Schweden die erste UN-Ozeankonferenz stattgefunden. Bei der Konferenz ging es um den Schutz und die nachhaltige Nutzung des Meeres und seiner Ressourcen im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Da neben Vertretern der UN-Mitgliedsstaaten auch zahlreiche Vertreter von Nichtregierungsorganisationen an der Konferenz teilnahmen, handelte es sich um die größte UN-Konferenz seit der Weltumweltkonferenz im Jahr 1972 in Stockholm. Eröffnet wurde die Konferenz im Beisein von UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit einer traditionellen fidschianischen Zeremonie unter anderem mit pazifischen Tänzen und Kava. Außerdem spielte die *Republic of Fiji Military Forces* (für mehr Informationen zur Eröffnung und Vorbereitung der Konferenz siehe letzte Ausgabe der *Pazifik-Aktuell*).

Die Staatengemeinschaft einigte sich zum Abschluss der Konferenz auf einen insgesamt sechseitigen Handlungsauftrag (*Call for Action*) unter dem Titel „Unser Ozean, unsere Zukunft“ (*Our Ocean, Our Future*). In dem Dokument, welches mittlerweile auch von der UN-Generalversammlung in einer Resolution bestätigt worden ist, unterstreichen die UN-Mitgliedstaaten einleitend, dass der Zustand der Ozeane ausschlaggebend für die gemeinsame Zukunft der Menschheit ist. Sie verweisen auf die wichtige Bedeutung des Ozeans als natür-

liches und auch kulturelles Erbe der Menschheit, seine Rolle im weltweiten Klimasystem und für den Erhalt von Biodiversität und die besondere Relevanz gesunder Meere für Inselstaaten. Neben den einleitenden Paragraphen enthält das Dokument insgesamt 22 sogenannte operative Forderungen, die sich beispielsweise mit der Fischerei und der Vermüllung der Ozeane befassen, aber auch mehr Forschung und Bildung über Meere fordern. Konkret sollen beispielsweise illegale Fischerei gestoppt, die Nachverfolgbarkeit der Herkunft von Fisch-Produkten verbessert, Kleinfischerei in Entwicklungsländern gefördert und Subventionen, die zur Überfischung beitragen, abgebaut werden. Außerdem sollen Strategien zur Verminderung von Plastik und Mikroplastik, welche in die Meere gelangen, erarbeitet werden und die Gelder für Forschung und Bildungszwecke zu den Ozeanen erhöht werden. Die Einrichtung von Meereschutzgebieten wird in dem Handlungsauftrag zwar als eine geeignete Maßnahme zum Meeresschutz genannt, das Dokument enthält jedoch keine konkreten Beschlüsse zur Einrichtung neuer Schutzgebiete, sondern überlässt diese den jeweiligen Nationalstaaten. Dafür unterstreichen die Forderungen mehrfach die große Bedeutung von Zusammenarbeit zwischen Behörden und Staaten sowohl auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, um ein kohärentes Vorgehen sicherzustellen.

Neben dem Handlungsauftrag wurden während der Konferenz 1395 freiwillige Verpflichtungen von UN-Mitgliedstaaten oder anderen Akteuren eingereicht. 228 (15 %) dieser Verpflichtungen entfallen auf den Nordpazifik, 313 (21 %) auf den südlichen Pazifikraum. Unter den Verpflichtungen finden sich sowohl kleine Projekte z.B. von pazifischen Inselstaaten zum Bau traditioneller Kanus zur Förderung nachhaltiger Fischerei oder zur Ausweitung von Meeresschutzgebieten als auch Maßnahmen von Staaten wie

Deutschland zur Bereitstellung von Technologie oder zur Reduzierung der Schadstoffe von Schiffen. Auf Initiative Deutschlands wurde auch ein *Blue Action Fund* eingerichtet, der Entwicklungsstaaten bei der Finanzierung von Projekten zum Schutz der Meere unterstützen soll.

Eine Herausforderung war während der Konferenz jedoch die unterschiedlichen Definitionen davon, was genau unter nachhaltiger Entwicklung zu verstehen ist. So wurden einerseits Maßnahmen zum Meeresschutz beraten, andererseits aber auch über Formen der wirtschaftlichen Nutzung der Ozeane gesprochen, die oft wenig nachhaltig sind. So sorgte insbesondere ein Side-Event von Tonga zusammen mit anderen Staaten und der Internationalen Meeresbodenbehörde für Aufsehen, welches von *Nautilus Minerals* unterstützt worden ist. Das Unternehmen ist treibende Kraft hinter dem weltweit ersten geplanten kommerziellen Tiefseebergbauprojekt, welches ab 2019 vor Papua-Neuguinea stattfinden soll und plant bereits ein weiteres Projekt vor Tonga.

Weitere Informationen zur UN-Ozeankonferenz und eine Einschätzung von Oliver Hasenkamp zum Handlungsaufruf und dem Konflikt zwischen der wirtschaftlichen Nutzung und dem Schutz der Ozeane finden Sie auch im aktuellen September-Rundbrief des Pazifik-Netzwerks.

(<https://oceanconference.un.org>, UN News Center 5.6.17, Wikipedia, <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/oceans/SDG14Conference>, IISD 8.6.17, Deutschlandfunk 2.6.17, eigene Recherchen und Gespräche)

Bildungsminister muss nach Korruptionsvorwürfen zurücktreten

Der fidschianische Bildungsminister Mahendra Reddy musste Anfang Juli zurücktreten, nachdem er wegen des Verdachts von Bestechung und Amtsmissbrauch in die Kritik geraten war. Der Politiker der regierenden *FijiFirst-*

Partei soll einem Schuldirektor im Gegenzug für seine Stimme in einem Gremium den Bau einer neuen Wasserleitung in seiner Schule versprochen haben. Reddy kündigte seinen Rücktritt in einem Schreiben am 6. Juli 2017 an, Premierminister Voreqe Bainimarama nahm das Rücktrittsgesuch einen Tag später an. Durch den Schritt solle das Ansehen der Regierung gewahrt werden. Zuvor war bekanntgeworden, dass Reddy sich wegen der Vorwürfe vor Gericht verantworten muss. Inzwischen wurde Anklage wegen Amtsmissbrauch und Bestechung gegen ihn erhoben. Das Verfahren wird am 6. September mit einer Anhörung fortgesetzt.

Reddy war seit 2014 Bildungsminister und gehört weiterhin dem fidschianischen Parlament als Abgeordneter an; bis 2014 war er Vorsitzender der fidschianischen Handelskommission und Direktor der *Reserve Bank of Fiji*. Das Amt des Bildungsministers ist bisher noch nicht wieder neu besetzt worden. (*Radio New Zealand International* 5.7.17, 20.7.17, *Fiji Sun* 6.7.17, 15.7.17, *Fiji Village* 5.7.17, Wikipedia)

Arbeitslosigkeit in Fidschi auf tiefstem Stand seit 15 Jahren?

Das fidschianische Statistikbüro (vergleichbar mit dem deutschen Bundesamt für Statistik) hat am 10. August 2017 die Ergebnisse einer einjährigen landesweiten Studie zu Arbeitslosigkeit vorgestellt. Demnach liegt die Arbeitslosigkeit in Fidschi derzeit bei 5,5%, dem niedrigsten Wert seit 15 Jahren. Aiyaz Sayed Khaiyum, der im fidschianischen Regierungskabinett unter anderem für Wirtschaft zuständig ist, sagte, die Studie zeige deutlich, dass das Wirtschaftswachstum des Landes sich positiv auf die Gesellschaft auswirke. Das wirtschaftliche Wachstum der vergangenen acht Jahre habe sich direkt in der Schaffung von mehr Jobs und Investitionsmöglichkeiten bemerkbar gemacht. Einige

Wirtschaftsexperten bezweifeln jedoch die Aussagekraft der Untersuchung. So kritisierte der fidschianische Ökonom Wadan Narsey, dass die Darstellung der neuen Daten durch die Regierung ein rosigeres Bild zeichne als die Realität es hergebe. Ein genauerer Blick auf die Erhebung zeige ein differenziertes Bild. Insbesondere problematisch ist demnach die Definition von Arbeitslosigkeit. Diese folgt zwar dem Standard der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO), die besondere Situation in Fidschi sei aber die, dass viele Menschen nur wenige Stunden am Tag oder gar in der Woche arbeiten würden. Anstatt zu schauen, wer „nicht arbeitet“ wäre aus Narsey's Sicht ein Fokus darauf, „wer keine Arbeit suche“ aussagekräftiger. Dies sei jedoch kein hausgemachtes Problem von Fidschi, sondern zeige sich in den benachbarten melanesischen Staaten Vanuatu und den Salomonen ebenso. Neben den kontroversen Wirtschaftsdaten liefert die Erhebung des Statistikbüros jedoch auch an anderer Stelle positive Ergebnisse: So seien die Schulabbrucherraten von 32 % in den Jahren 2010-2011 auf 4,8 % in den Jahren 2015 bis 2016 gefallen. (*Radio New Zealand International* 10.8.17, 14.8.2016, *Fiji Sun* 9.8.17, *Fiji Times* 14.8.17)

Ex-Premierminister Chaudhry gibt Pläne für Kandidatur 2018 vorerst auf

Der Vorsitzende der *Fiji Labour Party* (FLP), Mahendra Chaudhry, hat vorerst seine Pläne, bei der Parlamentswahl 2018 anzutreten, aufgegeben und seine juristischen Bemühungen gegen ein achtjähriges Verbot, bei Wahlen anzutreten, aufgegeben. Er zog seine Klage zurück, nachdem der zuständige Richter bei einer Verhandlung eine von Chaudhry beantragte Vertagung der Sitzung, um geänderte Gerichtsunterlagen durchsehen zu können, abgewiesen hatte. Chaudhry war im Jahr 2014 wegen falscher Angaben zu seinem

ausländischen Vermögen zu 12 Monaten Haft verurteilt worden. Zwar wurde die Haftstrafe auf Bewährung ausgeschrieben, dennoch griff laut Auffassung des Gerichts in seinem Fall eine Klausel, laut der Personen, die zu Haftstrafen von 12 Monaten oder länger verurteilt worden sind, für acht Jahre von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen sind. Diese Klausel verhinderte bereits die Teilnahme von Chaudhry an den Wahlen im Jahr 2014. Unter anderem aufgrund der großen, jahrzehntelangen Fokussierung der fidschianischen Arbeiterpartei auf die Person Chaudhrys sackte diese damals daher auf weniger als 2,5 % der Stimmen ab und scheiterte somit an einem Einzug ins Parlament. Schon 2014 hatten Kritiker der damaligen Übergangsregierung unter dem heutigen Premierminister Voreque Bainimarama vorgeworfen, die Einführung der Klausel und das Verfahren gegen Chaudhry gezielt vorangetrieben zu haben, um eine mögliche Kandidatur Chaudhrys sowie seines früheren Widersachers Laisenia Qarase zu verhindern. Chaudhry hat sich Medienberichten zur Folge noch nicht entschieden, ob er trotz des anhaltenden Wahlverbots weiter Vorsitzender seiner Partei bleiben wolle. Chaudhry war im Jahr 1999 zum Premierminister gewählt worden. Genau ein Jahr später besetzte eine bewaffnete Gruppe radikaler indigener Fidschianer (*i-taukei*) unter Anführung des Geschäftsmanns George Speight das Parlament und nahm Abgeordnete als Geiseln. Nach Beendigung des zivilen Putschs durch das Militär setzte dieses anstelle von Chaudhry als Premierminister Qarase ein.

(Radio New Zealand International 26.7.17, Fiji Village 3.8.17, Wikipedia)

Finanzielles Missmanagement bleibt ein Problem

Ende Juli ist der jährliche Prüfbericht des Büros des obersten Rechnungsprüfers (vergleichbar mit dem deutschen Bundesrechnungshof) für die staatlichen

Ausgaben Fidschis veröffentlicht worden. Ziel des Berichtes ist es, Verschwendung von Steuergeldern, Misswirtschaft und eine mangelnde Transparenz bei staatlichen Ausgaben zu benennen und offenzulegen. Der Bericht zeigt beispielsweise, dass ca. 15 Mio. US-Dollar in unbekanntem Töpfen der „National Fire Authority“ verlorengegangen sind, 1,2 Mio. US-Dollar, die eigentlich für das Gesundheitssystem vorgesehen waren, unbenutzt geblieben sind, oder dass ein mit Regierungsgeldern bezahlter Container voll Medizin fast ein Dreivierteljahr in einem Hafen auf Abholung gewartet habe. Der Bericht kommt zum Schluss, dass Budgetkontrolle, Prozesse zur Autorisierung von Zahlungen und Transparenz dringend verbessert werden müssten.

Zu diesem Fazit kommt auch die fidschianische Nichtregierungsorganisation *Cizitens' Constitutional Forum* (CCF). Der CCF-Vorsitzende Sara Bulutani äußert sich jedoch wenig optimistisch: Seine Organisation kritisiere das finanzielle Missmanagement in dem Land seit ihrer Gründung im Jahr 1991 und bisher habe sich kaum etwas geändert. Der aktuelle Bericht zeige dieselben Probleme, wie es sie schon vor Jahrzehnten gegeben habe.

Auch der Vorsitzende der oppositionellen fidschianischen *National Federation Party* (NFP), Biman Prasad, kritisierte die zahlreichen Unregelmäßigkeiten zu Lasten des Steuerzahlers, die aus dem Bericht hervorgingen. Die fidschianischen Medien und insbesondere die Tageszeitung *Fiji Times*, die sonst eher zurückhaltend mit Kritik an der Regierung umgehen, berichteten erstaunlich offen über den Bericht. Dafür wurden sie allerdings vom Vorsitzenden des *Public Accounts Committee* des fidschianischen Parlaments, Ashneel Sudhakar, kritisiert. Die negative Berichterstattung unterminiere die Arbeit seines Komitees. Außerdem wünsche er sich von den Medien nicht nur Aufmerksamkeit für den Bericht, sondern auch für die regelmäßige Arbeit

seines Komitees, die viele Antworten auf die jetzt auftauchenden Fragen böte. Oppositionspolitiker Prasad verteidigte die Medien hingegen und unterstrich, sie hätten lediglich ihre Arbeit gemacht. (*Radio New Zealand International* 25.7.17, 28.7.17, 31.7.17, 2.8.17, *Fiji Times* 25.7.17, *Fiji Sun* 17.7.17)

Verhandlungen gegen Anhänger von Abspaltungsbewegung gehen weiter

Die Verhandlungen gegen mehrere Personen, denen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer Abspaltungsbewegung vorgeworfen wird, werden weiter fortgesetzt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, Abspaltungsbewegungen unterstützt zu haben, die im Jahr 2014 und 2015 aufgefliegen sind und zuvor aussichtslos versucht hatten, unabhängige christliche Staaten in verschiedenen fidschianischen Regionen zu errichten (siehe frühere Ausgaben der *Pazifik aktuell*). Wie in der März-Ausgabe der *Pazifik aktuell* berichtet, war das wichtigste Verfahren vorübergehend für mehrere Monate ausgesetzt worden. Zuvor hatte die Verteidigung eine vollständige Einstellung des Verfahrens beantragt, die jedoch abgelehnt worden war. Nun wurde ein erneuter Antrag der Verteidigung abgelehnt, der eine Aufgabe des Verfahrens aufgrund formaler Mängel zum Ziel hatte. Laut Verteidigung seien ihr von der Anklage nicht alle Beweise zugegangen. Die Anklage wurde bereits vor zwei Jahren erhoben, ein Ende des Prozesses ist noch nicht in Sicht. In den wichtigsten Verfahren stehen 16 Personen aus der Provinz Ra und 14 Personen aus der Provinz Nadroga vor Gericht. Nachdem die Angeklagten ursprünglich in Untersuchungshaft waren, sind sie mittlerweile gegen eine Kautions auf freiem Fuß. (*Radio New Zealand International* 16.8.17, 22.8.17)

VANUATU

Neuer Präsident

Am 6. Juli wurde mit 39 Stimmen Tallis Obed Moses als neunter Präsident von Vanuatu gewählt. Er konnte sich gegen 15 Kandidaten durchsetzen. 17 Stimmen hatte sein direkter Gegenkandidat Maxim Carlot Korman erhalten.

Der 63-jährige presbyterianische Pastor stammt aus Port Vato von der Insel Ambrym (Malampa Province). Tallis war kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten zum dritten Mal als Moderator der Presbyterianischen Kirche von Vanuatu gewählt worden. Dieses Amt hatte er bereits von 2009 bis 2010 und von 2013 bis 2016 inne. Er studierte am Sydney *Missionary and Bible College* in Australien und schloss mit einem Diplom in „Divinity and Mission“ ab. Ein zweites Diplom machte er am *Talua Bible College*. Außerdem graduierte er von der *Alan Walker School of Evangelism* in Australien. Er war auch einige Jahre Lehrer und Pastor in Gemeinden in Vanuatu und Papua-Neuguinea.

Tallis folgt auf Father Baldwin Lonsdale, der am 17. Juni im Alter von 69 Jahren überraschend gestorben war. (*Vanuatu Daily Post* 06.07., 09.07.17)

Überprüfung durch Nachbarstaaten

Vanuatu hat sich erstmals einer Überprüfung der Gender- und Menschenrechtspolitik der Regierung durch pazifische Nachbarstaaten gestellt (so genanntes „Peer review“). Derzeit überprüfen sich mit Unterstützung der Europäischen Union die Mitgliedsländer des *Pacific Islands Forum* selber. Den Anfang machte Nauru.

Nach Vanuatu reiste eine dreiköpfige Delegation: Der tongaische Wirtschaftswissenschaftler Ma'u Alipate Leha, Branessa Tsiode aus dem Sozialamt von

Nauru sowie William Nainima, Rechtsanwalt beim *Women's Crisis Centre* in Fidschi. Die drei untersuchten, inwieweit die vanuatische Regierung die Gleichheit der Geschlechter bei der Stellenbesetzung beachtet und wie sich die Menschenrechtssituation darstellt. Die Ergebnisse der Visitation stehen noch aus. (*Radio NZ Intern.* 31.07.17)

Kostenlose Schulbildung

Seit dem Jahr 2010 ist der Schulbesuch für alle Grundschul Kinder von der ersten bis zur sechsten Klasse kostenlos. Diese „*Free Primary Education Policy*“ war der Kostenübernahme durch die staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen von Australien und Neuseeland zu verdanken. Diese finanzielle Hilfe endet jedoch mit dem Ende des Schuljahres im Herbst. Nun hat die Regierung von Vanuatu erklärt, zukünftig selber für die kostenlose Schulbildung aufkommen zu wollen. Außerdem werde man, wie Premierminister Charlot Salwai erklärte, ab dem Jahr 2018 auch die Kosten für den Besuch weiterführender Klassen (Klassen 7 bis 10) übernehmen. Man habe erkannt, dass eine gute Schulbildung entscheidend sei für das Weiterkommen des Landes. Je besser ausgebildet die Kinder seien, desto mehr Chancen hätten sie im Leben. Bisher hätten viele Eltern ihre Kinder nach Abschluss der sechsten Klasse aus Kostengründen von der Schule nehmen müssen. Mit der neuen Bildungspolitik sei das nun nicht mehr nötig und alle Kinder erhielten gleiche Chancen auf den Schulbesuch, sagte Salwai anlässlich der Feierlichkeiten zum Internationalen Kindertag Ende Juli in Port Vila. (*Radio NZ Intern.* 24.07.17)

Petition zum Plastik-Verbot

Jugendliche Klima-Aktivisten haben im Juli eine Petition gestartet, die Plastiktüten und Plastikflaschen in Vanuatu verbieten soll.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag am 30. Juli sagte Premierminister Charlot Salwai, er begrüße diese Petition und werde die Diskussion über ein Verbot von Plastik in die nächste Parlamentssitzung einbringen.

Ein Importverbot für Getränke in Plastikflaschen sowie das Verbot von Plastiktüten wären ein wichtiger Schritt bei der Implementierung der *Vanuatu National Ocean Policy*, erklärte der Premier. Er berief sich dabei auf den großen Erfolg der einwöchigen Kampagne „No plastic bags, plis“. Im Rahmen einer landesweiten Umweltwoche hatten Umweltorganisationen dazu aufgerufen, eine Woche lang auf die Nutzung von Plastiktüten zu verzichten und stattdessen die traditionell im Land hergestellten geflochtenen Körbe zum Einkaufen zu benutzen. Diese Kampagne kam sehr gut bei der Bevölkerung an, führte sie doch auch zur öffentlichen Aufwertung der traditionellen Flechtkunst der Ni-Vanuatus.

Hier geht es zur Petition: <https://www.change.org/p/vanuatu-no-plastik-bag-plis>
(*Vanuatu Daily Post*, 01.08.17)

Chinesische Botschaft eröffnet

Ende Juli haben der chinesische Botschafter in Vanuatu, Liu Quan, und der vanuatische Premierminister Charlot Salwai im Vorort Nambatri (Port Vila) die chinesische Botschaft eröffnet. Mit der Eröffnung dieser ersten chinesischen Botschaft in Vanuatu feierten beide Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 35 Jahren. Der chinesische Botschafter Quan erklärte auf dem roten Teppich vor der Tür der Botschaft, die strategische Partnerschaft zwischen beiden Staaten werde durch die Botschaft gestärkt und das bereits seit langem bestehende freundschaftliche Verhältnis aufgewertet. (*Vanuatu Daily Post* 26.07.17)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)



FLNKS befürwortet eigene Flagge

Die kanakische Unabhängigkeitspartei FLNKS (*Front de Libération National Kanak Socialiste*) befürwortet die Überlegung, die Flagge der Partei als offizielle Flagge eines unabhängigen Staates Neukaledonien zu nutzen, sollten sich die Bürger bei dem Referendum im November 2018 für die Unabhängigkeit von Frankreich entscheiden. Als Namen des neuen Staates schlug die Partei „Kanak-Nouvelle-Calédonie“ vor.

Info: Die Flagge der FLNKS ist längs gestreift und zeigt eine Scheibe mit einem Speer. Die Farbe Blau steht für die Stämme der Küste, Grün für die Stämme der Berge und Rot für die Allianz, die sie verbindet, das Blut der Vorfahren und den Kampf. Die gelbe Scheibe symbolisiert die Sonne und das Leben. Der Speer, der auf den Dächern traditioneller Häuser als Symbol dient, gedenkt der Vorfahren und steht für die Souveränität der Kanaken. Er findet sich auch auf der Flagge der Regierung Neukaledoniens. Die Flagge der FLNKS ist als inoffizielle Flagge Neukaledoniens weit verbreitet bei Unabhängigkeits-Befürwortern. Sie wurde am 24. September 1984 von der Partei angenommen und erstmals am 1. Dezember gehisst.

Seit 2010 gibt es den Beschluss des Regionalparlaments, dass neben der Flagge der französischen Republik auch die Flagge der Unabhängigkeits-Partei FLNKS als offizielle Flagge Neukaledoniens gelten soll. Seitdem werden bei offiziellen Anlässen beide Flaggen gehisst. (*Radio NZ Intern. 03.08.17, Wikipedia*)

Kanak-Genom: Der „Sénat coutumier“ verweigert Wissenschaftlern DNA-Proben

Diese Studie wird weltweit durchgeführt. Deutsche und französische Wissenschaftler sind bereits u.a. in Papua-Neuguinea, den Salomon-Inseln und in Fidschi gewesen, um den Ursprung der Besiedlung Ozeaniens zu studieren. Anfang August haben die Wissenschaftler den „Sénat coutumier“ um sein Einverständnis gebeten, DNA-Proben der Kanak-Bevölkerung erheben zu dürfen. Die Anfrage wurde abgelehnt.

Mit der Studie soll die Geschichte des *homo sapiens* in Ozeanien untersucht werden. Der Vergleich von DNA-Proben soll helfen, die Migrationsrouten der Völker besser zu verstehen und die ursprünglichen Besiedlungsräume neu zusammensetzen zu können. Nichts weniger als der Ursprung der Menschheit steht im Fokus der Forschungen. Die Methode der DNA-Proben wird vom „Sénat coutumier“ jedoch abgelehnt, da die menschliche Genetik bei den Kanak nicht dem Individuum gehöre, sondern dem Clan. Laut des Präsidenten des „Sénat coutumier“ sei dies keine politische Entscheidung gewesen.

(Übersetzung und Text von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Dr. M. Kowasch. Quelle: Dave Waheo-Hnasson und Sheïma Riahi auf <http://la1ere.francetvinfo.fr> 9.8.2017)

Zustand der Wälder im Süden mit Satellitenbildern ausgewertet

Die tropischen Regenwälder auf ultramafischem Gestein in Neukaledonien sind von jeher von Menschen ausgebeutet worden. Dies hat zu einem starken Rückgang der Wälder in den letzten Jahrzehnten und zu einem Fragmentierungsprozess geführt. Eine Forschungsgruppe des französischen Forschungsinstituts IRD („Institut de Recherche pour le Développement“) hat nun im Rahmen des Projekts DYNAMIC,

gemeinsam mit dem neukaledonischen „Institut agronomique calédonien“ (IAC) und dem französischen CIRAD eine innovative Methode zur Beobachtung des Waldrückgangs im Süden entwickelt. Die Methode stützt sich dabei nicht auf den Gegensatz „bewaldet – unbewaldet“, sondern arbeitet mit einem Gradienten, der die Vegetationsdichte an der Erdoberfläche bestimmt.

Die Forschungsarbeiten haben sich auf eine Fläche von 118 Quadratkilometer konzentriert, für die das brasilianische Bergbauunternehmen Vale eine Konzession für den Abbau von Nickel besitzt. Die ökologische Analyse der DYNAMIC-Studie ermöglicht es, die Veränderungen im Waldbestand für den Zeitraum von 2004 bis 2014 zu quantifizieren. Die Satellitenaufnahmen entstanden in den Jahren 2004, 2012 und 2014.

Der Waldverlust auf der untersuchten Fläche beläuft sich in dem 10-jährigen Zeitraum auf 10,5 km², d.h. auf ungefähr 9 %. Dabei hat sich die Entwaldung beschleunigt: Zwischen 2004 und 2012 belief sich der Verlust auf durchschnittlich 0,63 km² pro Jahr, zwischen 2012 und 2014 betrug er bereits 1,67 km² pro Jahr. Der Schwund hat auch Auswirkungen auf den Zusammenhang der Waldfläche, der nun stärker fragmentiert ist: Zusammenhängende Waldflächen haben um 54,32 % abgenommen. Der abnehmende Zusammenhang der Waldflächen hat Auswirkungen auf die genetische und biologische Vielfalt von Flora und Fauna.

Letztendlich möchte das Projekt anregen, darüber nachzudenken, wie der Waldschwund begrenzt werden kann. Aufgrund der abnehmenden Konnektivität sollte nicht der Erhalt der bestehenden Flächen im Vordergrund stehen, sondern die Ausweitung der Waldflächen. *(Übersetzung und Text von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Dr. M. Kowasch. Quelle: IRD Nouvelle-Calédonie <https://nouvelle-caledonie.ird.fr> 7.8.2017)*

MIKRONESIEN

U.S. Air Force baut Flughafen aus

Nördliche Marianen: Die amerikanische Luftwaffe (U.S. Air Force) baut den Militärflughafen auf der Insel Tinian für 375 Millionen US-Dollar aus. Hinzu kommen ein Flug-Vorfeld, ein Hangar sowie ein Gebäude für Treibstofftanks. Außerdem soll es eine Treibstoffpipeline vom Hafen zum Flughafen geben.

Kimberly King-Hinds, Mitglied im Vorstand der Hafenmeisterei und damit auch zuständig für den Flughafen, äußerte sich kritisch zum Ausbau des Flughafens. Zwar würden vorübergehend neue Jobs geschaffen, jedoch blockierten die Militärangehörigen und eventuell mitgebrachte Bautrupps dann auch die wenigen Hotelbetten. Langfristig könne ein Militärflughafen auch dem Tourismus schaden, so King-Hinds.

Die Luftwaffe gab bekannt, den Flughafen nur für rein militärische Zwecke nutzen zu wollen, die zivile Luftfahrt werde nicht von dem Ausbau profitieren können. Geplant ist bisher ein militärisches Training an acht Wochen pro Jahr. Der Flughafen soll vor allem als Stützpunkt bei humanitären Katastrophen oder bei Naturkatastrophen zum Einsatz kommen. Die amerikanische Luftwaffe sieht vor allem strategische Vorteile beim Ausbau des Flughafens, der dann der einzige große Flughafen im westlichen Pazifik sein wird.

Info: Tinian ist neben Saipan und Rota eine der drei großen Inseln des Commonwealth der Nördlichen Marianen. Sie war kurze Zeit (1899–1918) Teil der Kolonie Deutsch-Neuguinea. Auf den ca. 101 Quadratkilometern leben 3.540 Menschen, überwiegend einheimische Chamorro. Zwischen 1941 und 1945 arbeitete das Bauregiment der U.S. Navy an einer der größten Militärflug-

basen des Zweiten Weltkriegs auf dieser kleinen Insel. Am Ende der Bauarbeiten verfügte Tinian über vier Lande-/Startbahnen. Von diesem Flughafen aus startete Colonel Paul Tibbets am 6. August 1945 die *Enola Gay*, einen B-29-Bomber, mit dem er über Hiroshima (Japan) die erste Atombombe in Kriegszeiten abwarf. Drei Tage später, am 9. August 1945, startete ebenfalls von diesem Militärflugplatz Charles Sweeney in der *Bockscar*, einem weiteren B-29-Bomber, mit einer Atombombe an Bord in Richtung Nagasaki.

Von den ursprünglich vier Landebahnen ist heute nur noch eine in Betrieb. Auf dem Flugfeld markieren Plaketten die Punkte, an denen die beiden Atombomben verladen wurden.

Da Tinian so wenige Einwohner hat, ist die Wirtschaft entsprechend klein. Sie besteht zum größten Teil aus dem Tourismus. Mit ihm kamen Dienstleistungen wie z. B. Autovermietungen und die Glücksspielindustrie auf die Insel. Glücksspiele sind seit 1989 gesetzlich erlaubt. Momentan ist die Glücksspielindustrie, die aus einem großen Casino und diversen Videospiele-Geschäften besteht, die größte Einnahmequelle der Insel. Daneben lockt das Luxushotel „Tinian Dynasty“ zahlungskräftige Kunden aus den USA und Russland an. (*Saipan Tribune* 01.08.17, *Wikipedia*)

Kommission soll Arbeit wiederaufnehmen

Nördliche Marianen: Die *Chamorro/Carolinian Language Policy Commission* soll nach dem Auslaufen der Mandatszeit von Mitarbeitenden erneut besetzt werden und ihre Arbeit zum Schutz der einheimischen Sprachen Chamorro und Karolinisch fortsetzen. Grund für die zügige Wiederbesetzung der achtköpfigen Kommission mit zweisprachigen Sprechern aus dem Regierungs- und Bildungssystem ist das Ergebnis einer Sprachstudie vom vergangenen Jahr. Diese ergab, dass

nur noch 10 % aller Einwohner auf den Marianen die beiden traditionellen einheimischen Sprachen sprechen. Diese sollen jedoch vor dem Aussterben bewahrt werden, wie Kommissionsleiterin Cindy Reyes erklärte. Derzeit ist man auf der Suche nach Personen, die ehrenamtlich in der Kommission mitarbeiten können. Voraussetzung ist die perfekte Beherrschung von Englisch und Chamorro (und/oder Karolinisch) in Wort und Schrift. (*Radio NZ Intern.* 02.08.17, *Marianas Variety* 31.07.17, <https://www.dcca.gov.mp/chamorrocarolinian-language-policy-comm>)



Casino eröffnet

Nördliche Marianen: Anfang Juli hat das „*Imperial Pacific Resort Casino*“ in Garapan auf der Insel Saipan eröffnet. Es handelt sich um das pazifikweit größte Spielcasino mit 190 Glücksspielautomaten und 70 Spieltischen für Roulette und Blackjack. Da das angrenzende Luxus-Hotel noch nicht fertiggestellt ist, hat die chinesische Betreiberfirma auf eine pompöse Einweihungsfeier verzichtet. Diese soll im Herbst des Jahres nachgeholt werden, wenn auch die luxuriöse Eingangshalle mit ihrem riesigen Kristall-Kronleuchter fertiggestellt sein wird.

Saipan ist die größte Insel und Hauptstadt der sich über 650 Kilometer erstreckenden Inselkette der Nördlichen Marianen. Die Insel ist 20 km lang und 9 km breit.

(<http://www.imperialpacific.com/en/ip-resort-hotel-saipan>, *Saipan Tribune* 07.07.17, *Wikipedia*)

Uni bekommt Forschungsgelder

Guam: Die *University of Guam* hat eine Million US-Dollar für die Erforschung des Zustands der mikronesischen Korallenriffe bekommen. Die Gelder wurden der Uni von der NASA (National Aeronautics and Space Administration) zur Verfügung gestellt, um deren Studien zu unterstützen und Datenmaterial zuzuliefern. Die Abteilung für marine Studien an der Uni wird mit den NASA-Wissenschaftlern vor allem die Sedimentablagerungen am Ozeanboden sowie die Wasserqualität überprüfen. Ziel ist die Erstellung einer Datenbank mit Geodaten über den Zustand der Korallenriffe und des marinen Ökosystems. Es sollen vor allem Daten über die Aufzuchtzeiten von Fischen innerhalb der Korallenriffe gewonnen werden. (*Pacific Daily News* 12.07.17)

MARSHALL-INSELN

† Tony deBrum

Tony deBrum, Klimabotschafter der Marshall-Inseln, ist am 22. August mit 72 Jahren an den Folgen einer schweren Krebserkrankung gestorben. Am 26. Februar 1945 war er auf dem Atoll Likiep geboren worden und ist in den Marshall-Inseln in den Zeiten der zwölfjährigen Nukleartests durch die USA aufgewachsen. Er wurde Augenzeuge der zerstörerischen Folgen der Bravo-Bombe auf dem Bikini-Atoll. Außerdem war er einer der ersten Marshall-Insulaner, der die Universität besuchte.

DeBrum etablierte sich danach als regelmäßiger Zeuge bei den Vereinten Nationen und bei Anhörungen im US-Kongress. Im Jahr 2014 schaltete er amerikanische und internationale Anwälte ein, welche Klagen im Interesse der Marshall-Inseln beim internationalen und amerikanischen Gerichtshof gegen insgesamt neun Atomkräfte einreichten. Sein Ziel war es, die Gerichte dazu zu

bringen, einen Diskurs in diesen Nationen zur nuklearen Abrüstung voranzutreiben.

Sein Antrag wurde dieses Jahr endgültig abgelehnt, jedoch gewann das Thema der Nuklearwaffen und deren Abrüstung durch diese Aktion globale Aufmerksamkeit.

Bereits im Jahr 2012 wurde ihm der „Distinguished Peace Leader“ Preis von der *Nuclear Age Peace Foundation* zuerkannt. 2015 gewann er die Auszeichnung „Nuclear Free Future Award“ und im letzten Jahr wurde er für den Friedensnobelpreis nominiert.

DeBrum setzte sich auch seit 2012 für den globalen Klimawandel ein und gelang damit an die Spitze der internationalen Klimabewegung. Er nahm an zahlreichen Konferenzen teil, wurde ein gefragter Kommentator im Fernsehen und den gedruckten Medien und galt als Ansprechperson für internationale Klimaverhandlungen. Er betonte dabei immer wieder, dass fehlende Aktionen zur Eindämmung des Ausstoßes von Treibhausgasen, die Existenz seiner und vieler weiterer Inselstaaten vernichten werden. Im Dezember 2015 gipfelte deBrums Engagement, indem er eine führende Rolle im Klimaschutz-Übereinkommen von Paris einnahm. Sein Beitrag zur Sicherung dieser Vereinbarung wird auch als eine seiner größten Lebensleistungen angesehen.

DeBrums politische Karriere begann in den Marshall-Inseln als Vertreter des Präsidenten Amata Kabua. Dann, als Außenminister (März 2014 bis Januar 2016), etablierte er sich zum Verhandlungsführer mit den USA. 1986 trug er zu den Verhandlungen und der Umsetzung des „Compact of Free Association“-Vertrages mit den USA bei, welcher den Marshall-Inseln ihre relative Unabhängigkeit zuerkannte.

DeBrums Tod wurde von der Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, bekanntgegeben, welche ihn als eine Größe in der Geschichte und als Bewahrer ei-

ner geteilten Zukunft bezeichnete.

(Artikel von Silke Tauber.

Giff Johnson: *The Marshall Islands Journal* 01.09.17,

Hilda Heine: *The Marshall Islands Journal* 25.08.2017,

Dan Zak: *pressherald.com* 25.08.2017)

Diplomatische Beziehungen zu Guatemala

Anlässlich des Besuchs des guatemalischen Außenministers Carlos Raul Morales Moscoso in Taiwan haben Guatemala und die Marshall-Inseln diplomatische Beziehungen aufgenommen. Moscoso unterschrieb gemeinsam mit Frederick Muller, dem Botschafter der Marshall-Inseln in Taiwan, die gemeinsame Erklärung.

In den Ansprachen beider Politiker ging es um die Bedeutung diplomatischer Beziehungen auch außerhalb der eigenen geographischen Region. Im Zeitalter der Globalisierung, des Klimawandels und der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sei es wichtig, dass auch kleinere Staaten untereinander Beziehungen knüpften und sich gegenseitig unterstützen. Eine freundschaftliche Beziehung zwischen dem Pazifik und Zentralamerika könne dabei ein kleines Zeichen des Friedens setzen, sagte Außenminister Moscoso.

An der Zeremonie in der Botschaft von Taipeh nahmen auch Regierungsvertreter von Palau und Nauru teil, sowie Vertreter der Salomonen und Tuvalu. Auch die Dominikanische Republik und El Salvador hatten ihre Botschaftsangehörigen als Beobachter zur Vertragsunterzeichnung entsandt. (*Marshall Islands Journal* 28.07.17, *Wikipedia*)

Neuer Honorarkonsul

Der geschäftsführende Direktor von *Pacific International Inc.*, Jerry Kramer, ist neuer Honorarkonsul von Tschechien. Er wurde anlässlich des Besuches des tschechischen Botschafters für die

Marshall-Inseln, Jaroslav Olsa, ernannt. Olsa hatte sich in Majuro mit Präsidentin Dr. Hilda Heine zu bilateralen Gesprächen getroffen. Er weihte das neue Honorarkonsulat in Delap gemeinsam mit Father Ray Sabio von den *Missionaries of the Sacred Heart of Jesus* ein.

Kramer sagte in seiner, teils in Tschechisch gehaltenen, Antrittsrede als Honorarkonsul, er wolle zur Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Tschechien und den Marshall-Inseln beitragen.

Info: Derzeit gibt es sechs Honorarkonsuln in den Marshall-Inseln. Neben Kramer sind folgende Staaten mit eigenen Honorarkonsulaten vertreten: Israel, Türkei, Philippinen, Mikronesien und Großbritannien. Das Honorarkonsulat für Frankreich ist unbesetzt und wartet auf Wiederbesetzung.

Info: Ein Honorarkonsul ist ein ehrenamtlicher Konsul. Voraussetzung für seine Ernennung ist, dass der Bewerber nach seiner Persönlichkeit, seiner beruflichen Erfahrung, seiner Stellung im Empfangsstaat, seiner Vertrautheit mit den Verhältnissen in dem für ihn vorgesehenen Zuständigkeitsbereich und seinen Sprachkenntnissen für das Amt geeignet erscheint. Der Honorarkonsul ist jedoch zumeist ein Bürger des Empfangsstaates, also des Staates, in dem er die Interessen des Entsendestaates vertritt. Die Arbeit des Honorarkonsuls wird nicht vergütet. (*Marshall Islands Journal* 21.07.17, *Wikipedia*)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Neues Staatsoberhaupt

Samoa: Seine Hoheit Tui Aana Tuimaleali'ifano Va'aletoa Sualauvi II ist seit Anfang Juli neues Staatsoberhaupt (engl. Head of state) von Samoa. Er folgt auf Tui Atua Tupua Tamasese Efi, der das Repräsentanten-Amt in den letzten zehn Jahren innehatte.

Sualauvi ist das vierte Staatsoberhaupt seit der Unabhängigkeit Samoas 1962 und hat vielfach studiert. Der 70-Jährige ist Rechtsanwalt mit Jura-Examen von der *Australian National University* sowie ehemaliger Polizeikommissar. Außerdem studierte er Lehramt für die weiterführenden Schulen. Er machte sein theologisches Examen am *Malua Theological College*, der kirchlichen Ausbildungsstätte der *Congregational Christian Church of Samoa*. In den letzten 28 Jahren war er Mitglied des Ministerrates sowie Stellvertreter seines Vorgängers.

Tuimaleali'ifano ist Titelträger eines der vier höchstrangigen Paramount Chiefs auf Samoa, dem „Tama Aiga“. (*Radio NZ Intern* 22.07.17, *Talane'i* 05.07.17, *Samoa Observer* 05.07.17)

Hohe Zahl von Prostituierten

Samoa: Rund 400 Frauen zwischen 13 und 21 Jahren verdienen im Jahr 2016 ihr Geld als Prostituierte auf den beiden samoanischen Inseln. Das ist das Ergebnis der Studie „Mapping and Behavioural Study 2016“, die das samoanische Gesundheitsministerium im Auftrag des Aids-Programms der Vereinten Nationen durchgeführt hatte.

58,3 % der Prostituierten haben eigene Kinder. Kunden sind nicht nur einheimische Samoaner, sondern auch ausländische Geschäftsleute sowie Seeleute von im Hafen von Apia ankernden Handels- und Frachtschiffen. Für den Besuch bei einer jungen Prostituierten zahlen die Freier zwischen 19 und 38 US-Dollar.

Nur 33 % der männlichen Kunden benutzen ein Kondom. Keine der befragten Frauen kannte sich mit den Schutzmaßnahmen vor Aids oder sexuell übertragbaren Krankheiten aus. Ebenfalls besuchte keine der Frauen ein Familienberatungszentrum, in dem kostenlose Informationen zum Gesundheitsschutz verfügbar wären und ebenfalls kostenlos ein Aids-Test angeboten wird.

Die Autoren der Studie fordern die Einrichtung von Bordellen, in denen die Frauen in einem geschützten, sauberen Rahmen ihrem Gewerbe nachgehen könnten und nicht mehr auf der Straße arbeiten müssen. Sozialarbeit und Bildungsprogramme könnten in einem Bordell mehr erreichen als bei illegal auf dem Straßenstrich arbeitenden Mädchen und Frauen. Gelder für die Betreuung der Prostituierten sind bereits da, u.a. vom Gesundheitsfonds der Vereinten Nationen. Das Problem ist die Tabuisierung des Themas Sexualität in der samoanischen Gesellschaft und der Unwillen der Behörden, sich öffentlich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. (*Samoa Observer* 02.05.17)

UNDP-Gelder für Samoa

Samoa: Das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) wird Samoa rund sechs Millionen US-Dollar aus dem *Global Environment Fund* zur Verfügung stellen. Mit dem Geld soll die Energieversorgung ausgebaut und wenn möglich auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Samoa plant bis zum Jahr 2025, die Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken. Dazu stellt

die Regierung rund 46 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

Mit dem UNDP-Geld soll in den nächsten fünf Jahren das so genannte I.M.P.R.E.S.S.-Projekt umgesetzt werden: „*Improving the performance and reliability of power system in Samoa*“. (*Samoa Observer* 02.08.17)

König löst Parlament auf

Tonga: Am 24. August erließ König Tupou VI ein Dekret, nach dem das Parlament des Königreichs mit sofortiger Wirkung aufgelöst wird. Neuwahlen wurden für den 16. November anberaumt. Seit der Verfassungsreform von 2010 hat der König nur noch beschränkte Machtbefugnisse und der Premierminister wird seitdem nicht mehr vom König ernannt, sondern vom Parlament gewählt. Doch das Recht, nach eigenem Ermessen das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen, blieb dem Monarchen erhalten. Dass der König nun erstmals von diesem Recht Gebrauch machte, führte zu allgemeiner Verunsicherung, zumal es bereits Anfang des Jahres Anzeichen einer Regierungskrise gegeben hatte, als ein Misstrauensantrag gegen den Premierminister 'Akilisi Pohiva nur knapp fehlgeschlug und Finanzminister 'Aisake Eke wegen seiner Weigerung, gegen den Misstrauensantrag zu stimmen, entlassen wurde.

Pohiva, der sich als mutiger Gründer von Tongas Demokratiebewegung in den 1980er und 1990er Jahren einen Namen gemacht und maßgeblich zur Liberalisierung der zuvor sehr autoritären Monarchie beigetragen hatte, war seit seinem Amtsantritt als Premierminister im Jahr 2014 wegen seines selbstherrlichen Führungsstils selbst immer mehr in die Kritik geraten. Insbesondere der Bau eines von China finanzierten Golfplatzes in einem ursprünglich als Nationalpark ausgewiesenen Gebiet ohne klaren Plan wird Pohiva von zahlreichen Denkmal- und Umweltschutzakti-

visten übelgenommen. Allerdings wird vermutet, dass die Motivation des Königs und der ihn unterstützenden Adelsvertreter im Parlament (1/3 der Sitze) weniger in der Verurteilung von Pohivas autokratischer Regierungsführung, sondern vielmehr im Schutz eigener Privilegien zu finden ist. Pohivas langfristiger Plan ist es, die Verfassung weiter zu demokratisieren und die Adelsvertreter ganz aus dem Parlament zu verbannen. Die vorgezogenen Neuwahlen könnten aber möglicherweise dazu führen, dass Pohivas Demokratische Partei ihre Mehrheit verliert und eine neue Regierungskoalition aus den Reihen der Adelsvertreter und unabhängiger Volksvertreter um Eke gebildet werden könnte. (*Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Matangi Tonga, eigene Recherchen*)

„Ausgestorbene“ Echse wiederentdeckt

Niue: Eine Touristin hat zufällig eine als ausgestorben kategorisierte Glattechse (Skink) in Felsen an der Küste von Niue entdeckt. Die Mitarbeiter des Umweltministeriums und die Wissenschaftler des „*Ridge to Reef*“-Projektes zeigten sich begeistert von dem Zufallsfund. Die „*Olive Tree Skink*“ ist nur endemisch auf Niue und Amerikanisch-Samoa. Bisher glaubten die Wissenschaftler, das Tier sei durch Ratten ausgerottet worden.

Den Wissenschaftlern gelang es, drei Echsen in dem betreffenden Gebiet zu fangen und sie eindeutig als Skinke zu klassifizieren.

Info: Die Skinke, auch Glattechsen genannt, sind eine Echsenfamilie aus der Ordnung der Schuppenkriechtiere. Es gibt mehr als 100 Gattungen und über 1.500 Arten. Sie sind damit die artenreichste Familie der Echsen überhaupt.

Das auf fünf Jahre angelegte Forschungsprojekt „*Ridge to Reef*“ wird vom Entwicklungshil-

feprogramm der Vereinten Nationen finanziert. Amerikanische Experten vom *US Geological Survey Department* der Villanove Universität erforschen in diesem Projekt die Biodiversität von Flora und Fauna der Insel.

(*Radio NZ Intern*. 27.08.17, www.ws.undp.org/content/samoa/en/home/operations/projects/environment_and_energy/niue-ridge-to-reef.html, Wikipedia)

Neuer Administrator für Tokelau

Tokelau: Nur sieben Monate nach Amtsantritt ist der tokelauische Administrator David Nicholson wegen privater Anschaffungen mit staatlichen Geldern seines Amtes enthoben worden. Zum neuen Administrator der nur 12 Quadratkilometer kleinen Insel wurde Jonathan Kings vom neuseeländischen Außenministerium ernannt. Kings war bereits von 2011 bis 2015 Administrator von Tokelau.

Info: Tokelau ist eine neuseeländische Kolonie und damit gilt prinzipiell das Gesetz Neuseelands. Dennoch gibt es für Tokelau eine Vielzahl gesonderter Regelungen. Die Basis der tokelauischen Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz bildet der sog. Tokelau Islands Act 1948 und seine Zusatzartikel. Es handelt sich dabei um eine Art von Verfassung, die am 1. Januar 1949 in Kraft getreten ist und seither das politische Geschehen in Tokelau bestimmt. (*Radio NZ Intern*. 30.08.17, <http://www.tokelau-info.de/>, <http://www.tokelau.org.nz/About+Us/Government/Administrators+Role.html>)

Neues Mitglied im polyn. Forum

Wallis und Futuna: Das französische Überseegebiet Wallis und Futuna ist am Rande des Gipfeltreffens des *7th Pacific Islands Forum* am 4. September in Apia (Samoa) als neues Mitglied in die *Polynesia Leaders Group* gewählt worden. Das seit August 2011 bestehende regionale Bündnis

von acht polynesischen Staaten (Samoa, Tonga, Tuvalu, Cook-Inseln, Niue, US-Samoa, Tokelau, Französisch-Polynesien) versteht sich als Partner der *Melanesian Spearhead Group* (Gruppe der melanesischen Staaten) und engagiert sich für die Interessen seiner Mitglieder im *Pacific Islands Forum*. Hawai'i, Neuseeland und Rapa Nui haben Beobachterstatus in diesem Bündnis, das bisher noch nicht über ein ständiges Sekretariat verfügt.

Die Mitgliedsstaaten des Bündnisses verpflichten sich der gegenseitigen Unterstützung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Tourismus, Land- und Fischwirtschaft und Anpassung an Klimawandel-Folgen. Wichtig ist den Mitgliedsländern unter dem derzeitigen Vorsitz von Tokelau auch die Bewahrung typisch polynesischer Sprachen und Traditionen.

(<https://www.youtube.com/watch?v=iJfEzDSZYGc>, Radio NZ Intern. 04.09.17)

Gesetzesvorlage zur Homosexualität

Cook-Inseln: Die *Te Tiare Association*, ein Verein für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersex Menschen (LGBTQI), hat eine Eingabe beim Parlament auf Änderung des Strafgesetzbuches aus dem Jahr 1969 gemacht. Demnach sollen die Paragraphen 154 und 155 wegfallen. Diese untersagen bisher den (auch einvernehmlichen) Geschlechtsverkehr zwischen Männern. Das Strafmaß beträgt dazu zwischen fünf und sieben Jahren Gefängnis. Auch das Zurverfügung-Stellen von Räumen, in denen Männer gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr praktizieren können, steht unter Geld- und Gefängnisstrafen.

Der Geschlechtsverkehr zwischen Frauen oder Menschen mit anderweitiger sexueller Ausrichtung ist gesetzlich nur für Menschen unter 15 Jahren verboten.

Die Gesetzesvorlage zur Abschaffung der entsprechenden Paragraphen wurde mit Unterstützung der Juristen des neuseeländischen Parlaments erarbeitet.

Die *Te Tiare Association* hat den Gesetzesentwurf bereits im Parlament vorgestellt. Bei der von konservativen kirchlichen Kräften kritisierten Anhörung im Parlament sprach Valentino Wichmann, der Vereinsvorstand von *Te Tiare*, über die bis dato herrschende Diskriminierung von Schwulen und Lesben. Er wies auf das völlig veraltete Strafgesetzbuch hin, das noch aus der Kolonialzeit der Cook-Inseln stammt. Inzwischen hätten auch Großbritannien und Neuseeland die Homosexualität legalisiert. Eine Vertreterin der Gruppe der Angehörigen von Schwulen und Lesben sowie ein „Betroffener“ ergänzten die Anhörung im Parlament mit persönlichen Erzählungen ihrer Leidensgeschichte.

Eine Gesetzesänderung wird noch in diesem Jahr erwartet. Voraussichtlich wird die „Ehe für alle“ jedoch nicht eingeführt werden. (*Cook Islands News* 01.08.17), https://en.wikipedia.org/wiki/LGBT_rights_in_the_Cook_Islands

Meeresschutzgebiet genehmigt

Cook-Inseln: Das Parlament der Cook-Inseln unter Premierminister Henry Puna hat am 13. Juli einstimmig der Ausweitung des bereits bestehenden Meeresschutzgebietes auf die gesamte Exklusive Ökonomische Zone der Cook-Inseln zugestimmt. Damit steht der relativ kleinen Landfläche der Cook-Inseln (237 Quadratkilometer) nun ein knapp zwei Millionen Quadratkilometer großes Gebiet gegenüber, in dem der kommerzielle Fischfang, das Jagen und Töten von Walen und Delfinen, der Tiefseebergbau und das Ablassen von (auch nuklearem) Müll unter Strafe verboten ist. Ausgenommen von diesem sehr strengen Umweltschutz ist eine 50-Meilen-Zone rund um je-

de Insel des mit Neuseeland assoziierten Inselstaates. Hier dürfen Einheimische und Touristen für den Eigenbedarf fischen, Bootfahren, segeln, schwimmen etc.

Von der ersten Idee bis zur Umsetzung des Schutzgebietes „Marae Moana“ hat es knapp fünf Jahre gedauert, wie Premier Puna erklärte. Bei der feierlichen Einweihung der Schutzzone beglückwünschte er vor allem Kevin Iro, Mitglied im Aufsichtsrat der *Cook Islands Tourism Corporation*. Iro hatte die Idee zur Einrichtung des Schutzgebietes und hatte Jahre darauf hingearbeitet.

Premier Puna erklärte bei der Einweihung des Meeresschutzgebietes auch den Namen: „Marae“ ist ein heiliger Ort; ein zereemoniellen Zwecken vorbehaltenes, abgegrenztes Areal. „Moana“ ist das polynesisches Wort für „Ozean, Meer“. Ein Namenswettbewerb unter Schülern der Colleges auf den Cook-Inseln im Jahr 2014 hatte zu dem aussagekräftigen Namen geführt.

(*Cook Islands News* 13.07.17, <http://www.maraemoana.gov.ck/>)



MARAE MOANA

Lagunenüberwachung mit Drohnen

Cook-Inseln: Nach Klagen von Anwohnern und Hoteliers über Seegrass, stinkende Abfälle am Strand und verdrecktes Wasser in der von Touristen und Einheimischen gleichermaßen geschätzten Muri-Lagune (Insel Rarotonga) setzt die Regierung nun Drohnen zur Überwachung der Lagune ein. Aus der Luft soll so ermittelt werden, wer für die Einleitung von Schmutzwasser und Fäkalien in die Lagune verant-

wortlich ist. Mit Hilfe einer in der Drohne befestigten Wärmebildkamera soll zudem festgestellt werden, ob und wo das Lagunenwasser bereits eine erhöhte Wassertemperatur aufgrund der Folgen des globalen Klimawandels aufweist. (*Radio NZ Intern.* 31.07.17,

<http://www.cookislandsnews.com/national/environment/item/54943-can-muri-lagoon-be-saved/54943-can-muri-lagoon-be-saved>)

Ex-Präsident wechselt zu Vereinten Nationen

Kiribati: Der ehemalige Präsident von Kiribati, Teburoro Tito, hat seinen Abschied vom Parlament genommen, um sein neues Amt als ständiger staatlicher Vertreter von Kiribati bei den Vereinten Nationen in New York anzutreten. Er tritt die Nachfolge von Frau Makurita Baaro an, die seit 2013 im Amt war und nun freiwillig gekündigt hatte.

Info: Tito (Jahrgang 1953) war vom 1. Oktober 1994 bis zum 4. Juli 2003 Staats- und Regierungschef sowie Außenminister der Republik von Kiribati. Er ist Mitglied der Partei *Boutokaan Te Koaua*. (*Radio NZ Intern.* 04.09.17, <http://www.unmultimedia.org/s/photo/detail/731/0731302.html>)

FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga.]

Marae Taputapuātea wird UNESCO-Weltkulturerbe

Frz.-Polynesien: Am 9. Juli wurde auf der Tagung des Exekutivrats der UNESCO in Krakau die historische Tempelanlage Marae Taputapuātea auf der Insel Ra'iātea zum Weltkulturerbe erklärt. Lokale kulturelle Vereinigungen und mehrere Politiker auf Gemeinde- und Landesebene hatten seit mehreren Jahren für eine solche Nominierung geworben. Zuletzt waren der Präsident

der Landesregierung, Edouard Fritch, und der Bürgermeister der Gemeinde Taputapuātea, Thomas Moutame, nach Krakau gereist, um beim endgültigen Entscheid dabei zu sein.

Während der Jahrhunderte vor der europäischen Kontaktaufnahme bis zur Christianisierung der Inseln Anfang des 19. Jahrhunderts war der Marae Taputapuātea das spirituelle und kulturelle Zentrum Ostpolynesiens. Die Ausmaße der Anlage sind gewaltig. Der Haupttempel besteht aus einem etwa 60x60 m großen gepflasterten Platz, an dessen Südseite sich ein von bis zu 3,5 m hohen Steinblöcken eingefasster 50 m langer zweistufiger *ahu* (Altar) befindet. Daneben befinden sich noch weitere Nebentempel auf dem Areal, das unter dem Namen *Te Pō* („Jenseits“) als ultimativ sakraler Bereich galt. Während der Blütezeit polynesischer Navigation vom 13. bis zum 15. Jahrhundert segelten Priester und Adelige von vielen Inseln des heutigen Französisch-Polynesiens und der Cook-Inseln zu jährlichen Zeremonien nach Taputapuātea, und mehrere Entdeckungs- und Besiedlungsfahrten zu neuen Inseln fanden dort ihren Ausgang, so zum Beispiel nach Aotearoa (Neuseeland), wo bis heute Rangīātea (die Māori-Version des Inselnamens Ra'iātea) als ein mythischer Ursprungsort der Māori gilt, und nach Hawai'i, wo bis ins frühe 19. Jahrhundert ein Tochtertempel (Kapukapuākea in hawaiischer Version) bestand.

Während einer UNESCO-Tagung in Paris vor zwei Jahren bezeichnete der Kulturminister Französisch-Polynesiens, Heremoana Maamaatuaiahutapu, deshalb den Marae als „den Vatikan oder das Mekka Polynesiens“. (*Tahiti Infos*)

Entschädigung von Atomtestopfern erneut blockiert

Frz.-Polynesien: Der Prozess zur Entschädigung der Opfer der französischen Atomtests in Polynesien (1966 bis 1996) ist erneut ins Stocken geraten. Nachdem Anfang dieses Jahres das französische Parlament endlich die langersehnte Modifikation des Gesetzes zur Opferentschädigung von 2010 beschlossen hatte, waren die Opferverbände davon ausgegangen, dass damit die letzte Hürde aus dem Weg geräumt sei, um den tausenden von Polynesiern, die aufgrund atomarer Verstrahlung an Krebs leiden, angemessene Entschädigungen zu zahlen. Im Juni hatte der Oberste französische Gerichtshof aufgrund der Neufassung des Gesetzes angeordnet, dass alle entsprechend der alten Fassung abgelehnten Entschädigungsklagen neu bearbeitet werden müssen. Doch Mitte Juli traten überraschend die meisten Mitglieder der Expertenkommission, die die Ansprüche der Opfer prüfen sollen, zurück, wodurch die Kommission bis auf weiteres arbeitsunfähig gemacht wurde.

(*Tahiti Infos, Radio New Zealand*)

Gesetz zur Einwanderungskontrolle beschlossen

Rapa Nui (Osterinsel): Am 2. August beschloss der chilenische Senat ein Gesetz, durch das die Einwanderung chilenischer Staatsbürger auf die Insel Rapa Nui beschränkt werden soll. Die Vorlage wurde bereits am 2. Mai vom Abgeordnetenhaus beschlossen und wird voraussichtlich am 9. September von Chiles Staatspräsidentin in einer feierlichen Zeremonie auf Rapa Nui unterzeichnet werden.

Das Gesetz sieht vor, dass künftig nur noch Menschen indigener Rapanui-Abstammung unbeschränkt auf der Insel leben dürfen. Alle anderen müssen bei der Einreise ein gültiges Rückflugticket vorlegen und die Insel nach

maximal 30 Tagen wieder verlassen. Ausgenommen davon sind Nicht-Rapanui, die mit Rapanui verheiratet, deren Lebensgefährten oder Verwandte ersten Grades sind, sowie Angestellte der öffentlichen Verwaltung und andere Inhaber eines festen Arbeitsplatzes, der für die Insel wirtschaftliche Bedeutung hat. Wer eine solche Qualifikation verliert (etwa durch Scheidung oder Kündigung), muss die Insel nach einer Übergangsfrist wieder verlassen. Bei groben Verstößen drohen Abschiebung und Einreiseverbot.

Seit Jahren hatten indigene Aktivistinnen vergeblich ein solches Gesetz gefordert, da der stetig wachsende Massentourismus in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr chilenische Siedler nach Rapa Nui gelockt hatte, wodurch die Rapanui bereits vor einigen Jahren zur Minderheit im eigenen Land wurden. Hinzu kommt, dass die Insel nur begrenzte Reserven an Trinkwasser hat, und sowohl die Nahrungsmittelproduktion als auch Abwasser- und Müllentsorgung mit der stetig wachsenden Zahl an Besuchern und Neusiedlern kaum mithalten können. Im Kampf um die Bewahrung der ökologischen und kulturellen Integrität Rapa Nuis stellt das Gesetz deswegen einen wichtigen Etappensieg dar.

(Website des Chilenischen Senats, www.senado.cl)

Einwohner stimmen über Schutzgebiet ab

Rapa Nui: 642 Einwohner der Osterinsel haben sich an der Abstimmung über die Einrichtung eines 720.000 Quadratkilometer großen Meeresschutzgebietes rund um die chilenische Kolonie im Osten des Pazifischen Ozeans beteiligt. 65 % der Wähler befürworteten am ersten Tag des vierten *Internationalen Marine Protected Area Congress* vom 4. bis 8. September in La Serena-Coquimbo (Chile) die Ausweisung des Schutzgebietes, das gemeinsam von Chile und Rapa Nui verwaltet werden soll und sich auf

die Gewässer rund um die Osterinsel bezieht. Als besonders schützenswert gelten hier Wale, Thunfische und Schwertfische. (Artikel von Julia Ratzmann. *Aljazeera* 05.09.17, *Radio NZ Intern.* 06.09.17)

HAWAI'I

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga.]

Angst vor Atomkrieg

Die immer stärkeren Spannungen und gegenseitigen Kriegsdrohungen zwischen den USA und Nordkorea verbreiten unter den Einwohnern Hawai'is zunehmend Angst. Noch verstärkt wurde dies durch US-Präsident Donald Trumps Aussage, die Amerikaner bräuchten sich keine Sorgen zu machen, da die Reichweite nordkoreanischer Raketen nicht bis auf das amerikanische Festland reiche, womit er implizierte, dass die pazifischen Außenposten Guam und Hawai'i durchaus von Nordkorea beschossen werden könnten.

Bekanntlich führte die massive Militarisierung Hawai'is durch die USA schon einmal dazu, dass Hawai'i Ziel eines Angriffs eines mit den USA verfeindeten Landes war, als Japan im Zweiten Weltkrieg den Marinestützpunkt von Pu'uloa (Pearl Harbour) bombardierte. Doch während damals die konventionelle Attacke nur amerikanische Militäreinrichtungen traf und kaum zivile Opfer forderte, hätte ein Angriff mit einem Atomsprenkopf fatale Folgen für den gesamten Archipel, zumal heute in unmittelbarer Nähe von Pearl Harbour hunderte amerikanischer Atomsprenköpfe lagern, die bei einem atomaren Angriff von außen möglicherweise allesamt in einer Kettenreaktion explodieren könnten. (*The Hawai'i Independent, eigene Recherchen*)

Renommierte Londoner Kanzlei vertritt provisorische Regierung

Die geplante Wiederaufnahme des Falles *Larsen v. Hawaiian Kingdom* am Ständigen Schiedshof in Den Haag (siehe ausführlichen Bericht in der März-Ausgabe dieser Zeitschrift) ist einen entscheidenden Schritt weiter vorangeschritten. Der Politikwissenschaftler Keanu Sai, der der provisorischen Regierung des hawaiischen Königreichs als geschäftsführender Innenminister vorsteht, überzeugte die auf internationales Recht spezialisierte Londoner Anwaltskanzlei *Matrix Chambers*, Hawai'i in dem Fall zu vertreten. Konkret handelt es sich bei dem von Matrix gestellten Anwalt um Ben Emmerson, QC, der zuvor Richter am Internationalen Tribunal für Kriegsverbrechen in Ruanda, danach an dem Tribunal für das ehemalige Jugoslawien, sowie außerdem Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft des Haager Internationalen Strafgerichtshofs war. Nach dem in oben genannten Artikel erwähnten italienischen Professor für Völkerrecht Federico Lenzerini ist dies der zweite international renommierte Rechtsexperte, den die provisorische Regierung Hawai'is von der Seriosität ihres Anliegens überzeugen konnte. In dem Fall geht es darum festzustellen, welche Verpflichtungen die von Sai geleitete provisorische Regierung, die das Haager Tribunal bereits 2001 als eine legitime Regierung anerkannt hatte, gegenüber den Staatsbürgern Hawai'is hat. Das Ganze steht vor dem Hintergrund, dass Hawai'i seit Ende des 19. Jahrhunderts von den USA ohne rechtliche Grundlage okkupiert wird. (*Hawaiian Kingdom blog, eigene Recherchen*)

Smartphone-Verbot bei Straßenüberquerung

Zum 25. Oktober tritt in Hawai'i ein Gesetz in Kraft, dass es Fußgängern verbietet, während des Überquerens einer Straße auf

das Smartphone zu schauen. Das neue Gesetz soll die Zahl von Toten und Verletzten im Straßenverkehr verringern. In den USA sind im Zeitraum von 2000 bis 2011 mehr als 11.000 Fußgänger verletzt worden, weil sie von ihren Handys abgelenkt waren. Konkrete Zahlen für Hawaiis Hauptstadt Honolulu liegen nicht vor.

Wer das Verbot missachtet, muss mit Geldbußen zwischen 15 und 99 US-Dollar rechnen, je nachdem, ob man zum ersten Mal oder schon mehrfach gegen das Gesetz verstoßen hat.

Auch andere Länder haben bereits auf die zunehmenden Unfälle von Smartphone-Nutzern im Straßenverkehr reagiert. Belgien und China haben dazu so genannte „Smartphone Walking Lanes“ eingeführt - markierte Zonen auf den Fußwegen, die speziell für Fußgänger sind, die während des Gehens auf ihr Smartphone schauen wollen. Im deutschen Augsburg wurden vor einem Jahr an Straßenbahnhaltestellen Bodenampeln („Bompeln“) installiert. Diese blinken in Rot, sobald eine Straßenbahn anfährt und warnen so die Fußgänger, die auf ihr Smartphone schauen. (Artikel von Julia Ratzmann. Deutschlandfunk 31.07.17)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Außenminister fordert Pressefreiheit in Nauru

Der neuseeländische Außenminister Gerry Brownlee hat die Regierung von Nauru aufgefordert, die Einreisebeschränkungen für Journalisten aufzuheben. Im Hinblick auf das nächstjährige 49. Jahrestreffen der Regierungsvertreter von Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* - zu dem auch Neuseeland und Australien gehören - sagte er, Nauru dürfe die Reise- und Pressefreiheit für Journalisten nicht beschneiden. Diese müssten in der Lage sein, nach Nauru einzureisen und dort ohne Druck über die Ergebnisse

des Treffens berichten dürfen.

Bis dato müssen Journalisten für die Einreise nach Nauru je nach Aufenthaltsdauer zwischen 6.000 und 8.000 US-Dollar Gebühren für ein „Journalistenvisum“ entrichten. Diese hohe Gebühr hat dazu geführt, dass kaum noch auswärtige Journalisten aus Nauru berichten können. Im vergangenen Jahr waren deshalb nur zwei australische Journalisten nach Nauru gekommen. Ortsansässige Lokaljournalisten dürfen weiterhin kostenfrei ihren Dienst tun.

Die Regierung Naurus hatte sich zu diesem drastischen Schritt entschieden, nachdem die beiden australischen Redakteure äußerst kritische Artikel zu den Zuständen im australischen Flüchtlingscamp auf Nauru in der weltweiten Presse veröffentlicht hatten.

Der Präsident von Nauru, Baron Waqa, kündigte Anfang September an, die Visumsgebühr für Journalisten zur Teilnahme an der Jahrestagung des *Pacific Islands Forum* im nächsten Jahr werde 8.000 US-Dollar betragen. (SMH 21.10.16, *Marshall Islands Journal* 21.07.17, *Radio NZ Intern.* 04.09.17)

Neuer Botschafter für Vanuatu

Jonathan Douglas Schwass ist von Außenminister Gerry Brownlee zum neuen neuseeländischen Botschafter für Vanuatu bestellt worden. Derzeit ist der Diplomat Abteilungsleiter der *South East Asia Division* im Außenministerium, zuvor war er von 2014 bis 2016 Botschafter in Timor-Leste.

Schwass folgt auf Georgina Roberts, die das Amt seit 2014 innehatte. Neuseeland unterhält seit 1987 eine Botschaft in Vanuatu. (*Vanuatu Daily Post* 20.07.17)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Exportlizenz für Freeport

Westpapua: Das Bergbauunternehmen Freeport McMoran Inc., Betreiber der Grasberg Mine bei Timika in der indonesischen Provinz Westpapua, bekam nun erneut die Erlaubnis, Kupfer zu exportieren. Im Januar des Jahres hatte die indonesische Regierung die Exportlizenz für Kupferkonzentrat entzogen und verlangt, dass das US-amerikanische Unternehmen mehr Steuern zahlen müsse und mehr in die Verarbeitung der Rohmaterialien vor Ort investieren müsse.

Einen Tag nach dem Besuch von US-Vizepräsident Mike Pence bei Präsident Joko Widodo in Jakarta am 20. April konnte Freeport McMoran nun doch eine Exportlizenz bis Februar 2018 einholen. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen 1,1 Millionen Tonnen Kupferkonzentrat exportiert werden.

Über seinen Sprecher bedankte sich Pence bei der indonesischen Regierung für die „Übergangslösung“ und sagte, dass „weitere Schritte“ nötig seien, um den Streit zu lösen.

Die Probleme mit den Exportlizenzen sind jedoch nicht die einzigen, die Freeport umtreiben. Nachdem Freeport Anfang des Jahres ca. 10 % seiner 32.000 Mitarbeiter entlassen hatte, kündigte die Gewerkschaft einen Streik an. Freeport drohte daraufhin mit weiteren Entlassungen, sollte die Arbeitsniederlegung stattfinden. In den vergangenen Jahren ist es wegen niedriger Löhne und mangelhafter Arbeitssicherheit mehrfach zu Streiks und Blockaden gekommen.

Die Grasberg-Mine in Timika ist das größte Goldbergwerk und gleichzeitig das Kupferbergwerk mit den niedrigsten Förderkosten weltweit. (*Bloomberg News* 04.04.17,

<https://www.metalbulletin.com/Article/3688647/Freeport-given-temporary-export-permit-for-Grasberg-copper-mine.html>, Reuters 21.04.17)

Katholiken demonstrieren gegen Bischöfe

Westpapua: Die fünf Bischöfe der Provinzen Papua und Papua Barat sind unter Beschuss geraten, weil indigene Papuas ihnen vorwerfen, sie würden angesichts der sozialen Ungerechtigkeit in Westpapua schweigen.

Am 14. Juni demonstrierte eine Gruppe katholischer Papuas vor dem *Maranatha Waena Kloster* in der Stadt Jayapura, wo die Jahrestagung des Erzbischofs Nicolaus Adi Seputra (Merauke) mit Bischof Leo Laba Ladjar (Jayapura), Bischof Aloysius Murwito (Agats-Asmat), Bischof John Philip Saklil (Timika), und Bischof Hilarion Datus Lega (Manokwari-Sorong) stattfand.

Die Demonstranten hielten in Anlehnung an ein biblisches Gleichnis Protestplakate hoch mit der Aufschrift: „*Wo sind die Hirten, während die Schafe von Wölfen angegriffen werden?*“

„Die indigene Bevölkerung leidet unter der Ungerechtigkeit und die Bischöfe schweigen, statt ihre Stimme zu erheben. Sie lassen zu, dass unsere Würde zerrissen wird durch unfaire Entwicklungen im Bereich Gesundheit, Bildung und sogar in der Politik“, sagte Christianus Dogopia, Organisator der Proteste. Die örtliche Regierung konzentrierte sich nur auf die Entwicklung in städtischen Gebieten, wo die Mehrheit der Einwohner zur nicht-indigenen Bevölkerung gehört. Dogopia führte den Zugang zu medizinischen Einrichtungen als Beispiel an. Soleman Itlay, ein Aktivist aus Papua, der selbst mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hat, schloss sich spontan den Protesten an. Viele indigenen Papuas aus entlegenen Gebieten hätten keine Möglichkeit, zur medizinischen Behandlung in die Städte zu fahren.

Bischof Murwito reagierte auf die Demonstration und versprach: „Wir werden uns ernsthafte mit den Forderungen auseinandersetzen“. Er fügte hinzu, dass die Bischöfe enger mit den Priestern und Gemeindemitgliedern zusammenarbeiten würden, um die Probleme anzugehen. (*UCA News* 14.06.17, *Westpapua Netzwerk online*)

Lesetipp

Das Südwind Magazin (Österreich) veröffentlichte in der Nr. 7/2017 ein Dossier über **Westpapua**. Nachzulesen unter: www.suedwind-magazin.at/westpapua

AUSTRALIEN

Partnerschaft mit den Salomonen

Trotz des Rückzugs der *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) im Juni des Jahres hält Australien die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Salomonen aufrecht. Vertreter beider Staaten unterzeichneten jetzt in Honiara ein dreijähriges Partnerschaftsabkommen. Dazu war Concetta Fierravanti-Wells, die australische Ministerin für internationale Zusammenarbeit und den Pazifik, eigens auf die Salomonen gereist, wo sie sich mit dem salomonischen Entwicklungshilfeminister Danny Philip zu weiteren Absprachen traf. Demnach wird Australien vor allem die Bereiche Bildung und Gesundheit unterstützen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf der Gender-Gerechtigkeit in der Partnerschaft liegen. Allein mit 17 Millionen AUS-Dollar unterstützt die australische Regierung den Bau eines Hydrokraftwerkes am Fluss Tina in der Provinz North Guadalcanal. Nach Fertigstellung dieses Megaprojektes soll ein Großteil der benötigten Energie für die Hauptinsel über das Wasser-

kraftwerk gewonnen werden. (*Solomon Star* 29.06.17, <http://www.tina-hydro.com/>)

† Gurrumul

Am 25. Juli starb im Alter von 46 Jahren in einem Krankenhaus in Darwin der australische Musiker Geoffrey Gurrumul Yunupingu (im Volksmund genannt „Gurrumul“) an den Folgen eines Herzinfarktes.

Gurrumul wurde am 22. Januar 1971 auf Elcho Island in Nordaustralien geboren. Der von Geburt an blinde Sänger brachte sich schon in der Kindheit zahlreiche Instrumente selber bei, darunter Didgeridoo, Keyboard, Schlagzeug und Gitarre. Berühmt wurde er jedoch wegen seiner glasklaren Stimme. Australische Medien sprachen gar von einer „Engelsstimme“. Auf seinen Alben, die sich mehr als 500.000 Mal verkauften, sang er in einer Mischung aus Englisch und der Aborigine-Sprache Yolngu.

Gurrumul spielte mehrere Jahre lang als Schlagzeuger in der international erfolgreichen Aborigine-Band *Yothu Yindi*, die sein Onkel 1986 gegründet hatte. Er trat bei (Solo-)Konzerten auch in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich auf. (*Pressemitteilung Skinny Fish Music, ABC* 26.07.17)

Melbourne ist weltweit lebenswerteste Stadt

Nach Ansicht der *Economist Intelligence Unit* ist die australische Stadt Melbourne die lebenswerteste Stadt der Welt - und das bereits zum siebten Mal in Folge.

Die Analysten der amerikanischen Wirtschaftszeitschrift "*The Economist*" bewerten jedes Jahr die Lebensqualität in 140 Großstädten weltweit. Der Report berücksichtigt dabei Faktoren wie Gesundheitsversorgung, Umwelt, Infrastruktur, Stabilität und Sicherheit sowie das Angebot an Bildung und Kultur.

Die Hauptstadt des Bundestaates Victoria im Südosten des fünften Kontinents setzte sich dabei erneut gegen Wien (Österreich) auf Platz 2 und Vancouver (Kanada) auf Platz 3 durch. Mit Toronto und Calgary folgen zwei weitere kanadische Städte. Punktgleich mit Calgary auf Rang fünf wurde Adelaide gewertet, dass sich vor Perth, Auckland und Helsinki platzieren konnte. Hamburg liegt als beste deutsche Stadt auf Platz 10.

Sydney ist auf Platz 11 gelistet. Die *Economist Intelligence Unit* bewertete Sydney schwächer in der Kategorie Stabilität, da in den letzten Jahren die Bedenken über mögliche Terrorangriffe gewachsen seien.

An der Spitze liegen die fünf lebenswertesten Städte sehr eng beieinander. Insgesamt liegen Australien und Kanada mit ihren Städten aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte des Landes insgesamt und nach wie vor relativ niedriger Kriminalitätsraten weltweit vorne.

Auf dem letzten Platz (140) liegt die Hauptstadt von Syrien, Damaskus. (*Neuseeland Newsletter* 18.08.17, *Economist Intelligence Unit: Liveability Ranking*)

SPORT

„All Whites“: Spiel gegen Japan bestätigt

Neuseeland: Die neuseeländische Fußballnationalmannschaft „All Whites“ hat sich einen Platz im internationalen Playoff im November gesichert.

Zuvor hatte das Team die gegnerische Mannschaft aus den Salomonen mit 8:3 Toren besiegt. Neuseeland gewann zu Hause das erste Hinspiel mit 6:1 Toren. Der Mannschaftskapitän Chris Wood punktete dabei mit seinem zweiten internationalen Hattrick. Später sicherte sich das Team einen Gleichstand von 2:2 in Honiara.

Die „All Whites“ werden daher am

6. Oktober 2017 gegen Japan im *Toyota Stadion* in Nagoya antreten. Dieses Match wird eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft im Jahr 2018 spielen.

Bereits in den 1980er Jahren gewann Neuseeland drei Spiele gegen Japan; 3:1 (Auckland, 1983), 1:0 (Tokyo, 1983) und 1:0 (Kuala Lumpur, 1984).

Der Nationaltrainer Anthony Hudson begrüßte die kommende Herausforderung. Er bestätigte, dass Japan ein qualifiziertes Team und ein idealer Gegner für einen Spielaufbau sei. (*Artikel von Silke Tauber. Nzfootball* 06.09.17, <http://www.nzfootball.co.nz/hudson-looks-forward-to-november/> *Nzherald* 06.09.17 http://www.nzherald.co.nz/footballsoccer/news/article.cfm?c_id=86&objectid=11918321)

Cricket Team erhofft sich Aufstieg in Südafrika

Vanuatu: Die nationale Cricket Mannschaft von Vanuatu hat sich für den „Division Five“-Cricket Wettkampf qualifiziert. Vom 3. bis 9. September finden die internationalen Wettkämpfe in Benoni, Südafrika, statt. Sie bestehen aus zwei Gruppen mit jeweils vier Teams. Die Gewinner qualifizieren sich für das Halbfinale.

Vanuatu wurde mit Jersey, Deutschland und Ghana gruppiert. Die anderen Teams im Wettkampf sind die Qualifizierer aus den Kaimaninseln, Guernsey, Italien und Katar. Jersey ist momentan der Favorit im Wettkampf und ist auch das am höchsten platzierte Team. Sie hatten bereits 2016 das Turnier gewonnen. Jetzt werden sie sich unter unbekanntem, südafrikanischen Verhältnissen beweisen müssen.

Das Team aus Vanuatu hatte im letzten Jahr den vierten Platz belegt. Der Nationaltrainer Shane Deitz schätzt die Aufstiegschancen optimistisch ein. Es hatte dabei Veränderungen in der Zusammensetzung des Teams gegeben. Kalo Shem wird im kom-

menden Wettkampf anstelle von Apo Stephen teilnehmen. Möglicherweise wird dieses Turnier das letzte für Spitzenspieler Patrick Matuataava sein, der sich auf seine Familie konzentrieren möchte. Er bereitet sich jedoch darauf vor, den Sieg heimzubringen. (*Artikel von Silke Tauber. Cricketpasifika* 21.08.17, <http://cricketpasifika.com/2017/08/21/vanuatu-seek-promotion-in-south-africa/>)

Stuttgarter Kickers verpflichten Spieler aus Papua-Neuguinea

Stuttgart: Der Fußball-Nationalspieler Alwin Komolong aus Papua-Neuguinea wurde im Juli 2017 bei dem deutschen Fußballverein *Stuttgarter Kickers* bis zum 30. Juni 2019 verpflichtet. Er spielt in der Position des Innenverteidigers.

Wie der Vorname „Alwin“ schon vermuten lässt, besitzt er deutsche Abstammungslinien. Seine Mutter stammt aus Eckernförde in Deutschland und er selbst besitzt sowohl die deutsche als auch die papua-neuguineische Staatsbürgerschaft. Seine Großeltern und einige seiner Cousins leben im Gemeindegebiet Hütten in Schleswig-Holstein. Mit 14 Jahren lebte Komolong selbst für eineinhalb Jahre in Deutschland.

Schon mit sechs Jahren begann er Fußball zu spielen und im Jahr 2011 wurde er in der U-17-Nationalmannschaft von Papua-Neuguinea eingesetzt. Aufgrund seines Talents als Abwehrspieler kam er danach in verschiedenen U-Nationalmannschaften in seiner Heimat und in Neuseeland zum Einsatz. Dank seiner Ausbildung in der amerikanischen *Northern Kentucky University* und in deren College-Fußball-Team, konnte Komolong einen Platz in der neuguineischen A-Nationalmannschaft erringen. Am 16. Juli 2017 hat der 22-jährige Fußballer seinen Vertrag bei den Stuttgarter Kickers unterzeichnet.

Die Mannschaft bereitet sich momentan auf die neue Regional-

liga-Saison vor. Trainer Tomasz Kacmarek befürwortet dabei die sportlichen und personellen Entwicklungen in seinem Team.

(Artikel von Silke Tauber.

https://en.wikipedia.org/wiki/Alwin_Komolon_g, <https://www.fupa.net/berichte/sv-stuttgarter-kickers-kickers-verpflichten-nationalspieler-900227.html>)

Pacific Games in Samoa

Samoa: Die Pazifischen Spiele 2019 finden in Samoa statt. Das hat der geschäftsführende Vorstand des *Pacific Games Council* Anfang September beschlossen, nachdem Tonga im Juli seine Zusage aufgrund finanzieller Engpässe zurückgezogen hatte.

Samoa setzte sich gegen Guam und Tahiti durch, die sich ebenfalls als Austragungsort der Wettkämpfe angeboten hatten. Da die Pacific Games bereits 1983 und 2007 in Samoa stattgefunden hatten, verfügt der Staat bereits über die nötige (sportliche) Infrastruktur.

Info: Die Pazifikspiele finden seit 1963 im vierjährigen Turnus statt. An den Wettkämpfen in 32 Sportarten dürfen nur Pazifikinsulaner teilnehmen. (*Samoa Observer* 01.09.17, *Wikipedia*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Queen's Young Leaders Award für Pazifik-Insulaner

Großbritannien: Acht junge Menschen aus dem Pazifik haben in diesem Jahr im „Australia House“ in London aus den Händen der britischen Königin Elizabeth II. den *Queen's Young Leaders Award* für ihr gesellschaftliches und soziales Engagement in ihren Heimatländern erhalten.

Ausgezeichnet wurden Johnetta Lili und Theresa Gizoria aus Papua-Neuguinea, Karrie Jionisi von den Salomonen, Elizabeth Kite

aus Tonga und Ashleigh Smith aus Neuseeland. Gleich drei junge Menschen aus Australien wurden geehrt: Abdullahi Alim, Jordan O'Reilly und Madeleine Buchner.

Johnetta Lili lebt auf dem Carteret-Atoll östlich von Bougainville und kümmert sich dort um die Umsiedlungsmaßnahmen der vom Anstieg des Meeresspiegels bedrohten Atollbewohner nach Tinuputz auf Bougainville.

Theresa Gizoria bemüht sich um Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Teenager-Mütter in Papua-Neuguinea.

Karrie Jionisi bringt arbeitslose junge Mädchen in Jobs und qualifiziert junge Mütter ohne Schulabschluss für den ersten Arbeitsmarkt. Dazu hat sie das Programm „Girls for Change“ ins Leben gerufen.

Elizabeth Kite arbeitet auf Tonga mit sehbehinderten und blinden Menschen. Sie unterrichtet u.a. die Blindenschrift Braille an einer Schule für Sehbehinderte.

Abdullahi Alim hat in Perth (Australien) mehrere Wohlfahrtsprojekte gegründet. Außerdem hat er die Internetplattform MyHack ins Leben gerufen, bei der junge Leute Kampagnen zur Bekämpfung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit programmieren und veröffentlichen können.

Jordan O'Reilly hat in Sydney die Vermittlungsagentur „Fighting Chance“ gegründet. Bereits 140 behinderte Menschen wurden über diese Agentur in das Berufsleben vermittelt. Außerdem hat er die Internetseite „HireUp“ an den Start gebracht, über die behinderte Menschen ihr Pflegepersonal sowie die für ihre Pflege nötigen Materialien eigenständig anheuern können.

Madeleine Buchner hat „Little Dreamers Australia“ gegründet. Diese Organisation unterstützt vor allem junge Menschen bei der

häuslichen Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen.

Ashleigh Smith aus Neuseeland bemüht sich um Aufklärungsarbeit in Bezug auf Online-Mobbing über das Internet. Sie berät u.a. die Regierung bei Fragen zu Diskriminierung und dem Cyber-Mobbing. Die von ihr gegründete Selbsthilfegruppe *Sticks n Stones* berät Opfer von Online-Attacken und vermittelt Hilfe und Unterstützung.

Info: Der *Queen's Young Leaders Award* wird seit 2014 einmal jährlich an junge Menschen zwischen 18 und 29 Ländern aus den Mitgliedsstaaten des britischen Commonwealth verliehen. Der Preis beinhaltet einen Aufenthalt in London mit Besuchen beim britischen Premierminister, Besichtigungen diverser global agierender Firmen wie etwa Facebook sowie diverse Workshops in Management, Führungsqualitäten, Finanzbuchhaltung etc. Außerdem werden erfolgreiche soziale Projekte mit britischen Randgruppen (Obdachlose, Prostituierte) besucht.

In diesem Jahr nahm der Enkel der britischen Königin, Prinz Harry, an der feierlichen Vergabe der Preise teil.

(www.queensyoungleaders.com, *Radio NZ Intern.* 04.07.17)

Lieblingsinsel der Kreuzfahrt-Touristen

Vanuatu: Die der Insel Aneityum vorgelagerte Insel *Mystery Island* ist eine von fünf Lieblingsdestinationen der Kreuzfahrt-Touristen im asiatisch-pazifischen Raum. Das ist das Ergebnis einer Befragung des Reisemagazins „*The Independent Traveler*“ unter Besuchern dieser Insel, die aufgrund ihrer isolierten Lage nur von Kreuzfahrtschiffen angefahren werden kann. Die Insel wurde in diesem Jahr mit dem *Cruisers' Choice Destination Award* ausgezeichnet.

Ein Sprecher des vanuatischen Tourismusministeriums begrüßte

die Auszeichnung, forderte jedoch eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Tourismusverband, der Provinz Tafea (zu der die Insel gehört) sowie dem lokalen Verein *Mystery Island Tourism Holdings Limited*. Bis dato verweigert der lokale Tourismusverband, in dem viele Älteste der Insel mitarbeiten, den Ausschank von Alkohol an Touristen auf der Insel. Man wolle keine „Billigheimer“, die sich auf der Insel betrinken und ausfallend würden, erklärten die Klanchiefs. Dem widersprach der Ministeriumssprecher. Leider gehöre für viele Kreuzfahrttouristen ein Feierabend-Bier am Strand zum Urlaub dazu und man müsse hier eine Lösung finden. Der Sprecher des Tourismusverbandes schlug vor, Alkohol nur begrenzt an Kreuzfahrttouristen auszuschenken und dies auch nur in der Liegezeit des Schiffes. Der Ältestenrat der Insel möchte unbedingt vermeiden, dass Einheimische Zugang zum Alkohol bekommen.

Info: Die rund 1.500 Quadratmeter große Insel Inyeug (*Mystery Island*) liegt ganz im Süden von Vanuatu in der Provinz Tafea. Die Insel verfügt über lange weiße Sandstrände entlang der gesamten Küstenlinie und kristallklares Wasser. Man kann dort noch Ruinen einer alten Missionsstation aus dem 19. Jahrhundert besichtigen.

Inyeug wird im Westen und Süden von einem Korallenriff eingefasst. Entdeckt wurde die Inselgruppe im Jahr 1606 von dem portugiesischen Seefahrer Pedro Fernández de Quiró. Er glaubte, hier den „verlorenen“ südlichen Kontinent gefunden zu haben. Die Insel Inyeug ist nahezu unbewohnt. Die wenigen Einwohner findet man eigentlich nur im Bereich des Flughafens und der Schiffs-Anlegestelle, die dazu genutzt werden, die Insel für Touristen zugänglich zu machen.

(*Vanuatu Daily Post* 01.08.17, <http://www.kreuzfahrten.de/Hafen/Mystery-Island-Vanuatu-4651.html>, <https://cruisetips.carnival.com.au/cruise-destination/5-must-dos-in-mystery-island/>)

Gebühr für Plastiktüten

Fidschi: Zum 1. August ist in Fidschi die neue Gebührenordnung für Einweg-Plastiktüten in Kraft getreten. Kunden von Supermärkten müssen ab sofort 10 Cents pro Plastiktüte zahlen. Diese Gebühr wird auf dem Kassenschein separat ausgewiesen. Monatlich müssen Supermärkte und andere Unternehmen, die Plastiktüten ausgeben, diese Gebühr gesammelt überweisen an die *Fiji Revenue and Customs Authority*. Diese Abgabe ist gesetzlich geregelt in einem Zusatzartikel zum Staatshaushalt, dem „Environment Levy Budget Amendment Act 2017.“

Die Inhaber von Firmen, die in Fidschi Plastiktüten herstellen, beklagen bereits jetzt das neue Verbot. Sie befürchten Umsatzeinbußen in Höhe bis zu 20 %, wie Imran Hanif, Geschäftsführer des Herstellers *Hanif Industries* auf Lautoka, erklärte. (*Fiji Sun* 29.07.17)

Stein-Äxte zurückgegeben

Cook-Inseln: Der Neuseeländer Pete Ashton und seine Frau Kris haben Mitte Juli drei voreuropäische Steinäxte an Kultusminister Anthony Turua zurückgegeben mit der Bitte, diese traditionellen Kult-Objekte im *National Museum* in Avarua auszustellen.

Der Vater von Pete, George Ashton, hatte die Äxte geschenkt bekommen, als er zwischen 1959 und 1964 als Betriebschef auf dem Flughafen von Aitutaki eingesetzt war. Pete Ashton wuchs auf Aitutaki auf. Nach der Rückkehr der Familie nach Neuseeland lagen die drei Äxte über 50 Jahre in einem Wohnzimmerschrank. Ashton musste seinem Vater vor dessen Tod versprechen, die Äxte auf die Cook-Inseln zurückzubringen und löste nun das Versprechen ein.

Nach Angaben von Anthony Turua handelt es sich bei den Äxten

um rituelle Objekte, die lange vor Ankunft der Europäer hergestellt wurden. (*Cook Islands News* 12.07.17)

Tahiti schließt Fremdenverkehrsamt

Russland: Die Tourismusministerin von Französisch-Polynesien, Nicole Bouteau, hat Ende Juli die Schließung des polynesischen Fremdenverkehrsamtes im russischen Sankt Petersburg bekanntgegeben. Das Tourismusinformationsbüro war erst im letzten Jahr eröffnet worden. Es entstammte einer Idee des frz.-polynesischen Präsidenten Eouard Fritch, der im vergangenen Jahr einen Besuch beim Chef des Zentrums für internationale Angelegenheiten und kulturellen Austausch in Sankt Petersburg absolviert hatte.

Das tahitische Fremdenverkehrsamt sollte für den russischen Tourismus nach Polynesien werben. Aufgrund von Schwierigkeiten nicht benannter Art mit dem Personal entschloss sich das Tourismusministerium jetzt zur endgültigen Schließung des Büros. (*Radio NZ Intern.* 26.07.17)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Marius Reindl, FSJ'ler im Referat PPO bei Mission EineWelt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Neuer Erzbischof für Papua-Neuguinea

Am 3. September 2017 wurde in der Allerseelenkirche in Lae der siebte Primat der anglikanischen Kirche von Papua-Neuguinea ins Amt eingeführt. Bischöfe aus Australien, England und Neuseeland waren angereist, um Allan Ririme Migi als Nachfolger von Clyde Igara zu installieren.

Der Senior-Bischof wurde bereits im Juli vom fünfköpfigen Bischofsgremium gewählt, um die vakante Stelle wieder zu besetzen. Im Jahre 2000 wurde Migi zum Bischof geweiht. Ab November übernimmt er die Provinzverwaltung der Kirche in Lae.

Der Bischof sei sehr froh über sein neues Amt und freue sich auf die Möglichkeiten, die sich ihm durch das Bischofsamt böten, wie er erklärte. Ihm sei vor allem die Arbeit mit Menschen aus anderen Konfessionen und die Zusammenarbeit mit der Regierung wichtig. Am wichtigsten sei ihm jedoch, dass auf allen Ebenen der Kirche eine kirchliche Einheit herrsche, welche von örtlichen Pfarreien, Dekanaten und Diözesen ausgehen soll. Die Folge davon werde eine verstärkte kirchliche Partnerschaft mit Schwesternkirchen und anglikanischen Partnern im Ausland sein, äußerte der neue Bischof. (*Anglican Ink* 04.09.17)

RÖM.–KATH. KIRCHE

Katholiken verurteilen Abschiebung eines kirchlichen Angestellten

Die *Catholic Professionals Society* (CPS), die Erzdiözese von Rabaul und andere katholische Organisationen verurteilen die plötzliche Deportation des kirchlichen Angestellten Douglas Tennet, durch die Regierung in Port Moresby.

Der Präsident der CPS, Paul Harricknen, forderte in einer Pressekonferenz von der Regierung eine Erklärung. Er sagte, die Art und Weise, wie Tennet deportiert wurde, sei respektlos und nicht ordnungsgemäß. Außerdem vermutete er eine politische Unterstützung. Einige Politiker hatten sich nicht öffentlich zu dem Fall geäußert, was Harricknen nun fordert.

Seine These wird durch die Aussage des Chief Immigration Officers, Solomon Kantha, gestützt. Dieser sagte in einem Interview, die Ausweisung des katholischen Mitarbeiters sei aufgrund der Überziehung des Visums geschehen. Die offizielle Version des Einwanderungsamtes erklärt jedoch, dass das Visum wegen Missbrauchs der Bedingungen für Religionsarbeiter storniert wurde.

Die Kirche verurteilte die Abschiebung ihres Angestellten aufs Schärfste und wies darauf hin, dass sie als Kirche mit ihren Angestellten enorm viel für die Entwicklung des Landes leiste. (*The National* 21.06.17)

Abschied nach 53 Jahren

Der aus Friesland stammende Priester Pater Sido van der Werf aus dem römisch-katholischen Männerorden *Kongregation der Missionare von Mariannahill* hat nach über 53 Jahren seinen Abschied von Papua-Neuguinea genommen und ist in das Missionshaus St. Paul in den Niederlanden zurückgekehrt.

Am 7. Mai zelebrierte van der Werf letztmals die Eucharistiefeyer in der Heilig-Geist-Pfarrei in OneMile (Lae) in der Kirche, die er 1996 selber für die Betreuung katholischer Gemeinden in Boundary Road und im Buni Camp gebaut hatte.

Der heute 80-jährige Priester war 1963 nach Papua-Neuguinea gekommen. Im Laufe seines Lebens wirkte er als Priester, Lehrer, ärztliche Hilfskraft sowie als Bauleiter. Unter seiner Ägide entstanden die katholischen Kirchen St. Matthew und St. Dominic in Menyama, Holy Spirit in Lae und Herz Jesu in Erap. Außerdem wirkte er am Bau von drei Grundschulen in Bulolo, Wau und Menyama mit.

Zum Abschied predigte van der Werf im Beisein des Vorsitzenden des Kirchenrates der Heilig Geist Pfarrei mit einem Vollbart und erklärte: „*Nach dem hiesigen Brauch, nach dem Männer zum Zeichen der Trauer ihren Bart wachsen lassen, folge ich auch diesem Brauch, denn ich werde Papua-Neuguinea vermissen und den Menschen nachtrauern*“. (Artikel von Julia Ratzmann. *Mariannahill Zeitschrift* Nr. 5/2017, S. 25)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Congregational Christian Church of Samoa weiht Jubiläumskirche ein

Samoa: Das im Jahre 2014 begonnene 17,39 Millionen Dollar teure Kirchenneubau-Projekt, welches eigentlich bereits im Jahr 2015 fertig gestellt werden sollte, wurde am 17. Mai 2017 offiziell durch das Staatsoberhaupt Tui Atua Tupua Tamasese Efi, den Premierminister, einige Abgeordnete des Abgeordnetenrates, Parlamentarier, Mitglieder der Wirtschaft und mehrere hundert Besucher eröffnet. Unter der Leitung des Ältesten Tautiagi Senarschnitt ihre Hoheit Filifilia Tamasese das Band vor dem Kirchenportal entzwei.

Mit der Finanzspritze in Höhe von 15 Millionen Dollar aus dem *Samoa National Provident Fund* (S.N.P.F.) konnte die Kirche der *Congregational Christian Church of Samoa* vollendet werden. Das Meisterwerk dient als Erinnerung an den Geist der Menschheit, um Herausforderungen und Nöte zu bestehen.

Für den Bau, die Instandhaltung und die Pflege des Neubaus wurden die Unternehmen Shanghai Constructions, Fletscher Constructions und South Pacific Cladding beauftragt. (*Samoa Observer* 18.05.17)

Samoas Kirchen gegen Steuergesetze

Samoa: Früher hatte der Nationalrat der Kirchen in Samoa keine Richtlinien zur Besteuerung der Pastoren, jedoch möchte die Regierung nun die Pastoren besteuern.

Die kirchlichen Vertreter trafen sich zu einer Diskussionsveranstaltung, in dessen Verlauf klar wurde, dass nur die katholische Kirche einer Besteuerung der Pastoren zustimmen würde. Die Vertreter entschieden daraufhin, der Regierung ihre Einwände gegen eine Besteuerung schriftlich vorzulegen.

Am 30. Juni 2017 unterzeichnete das Staatsoberhaupt Tui Atua Tupua Tamasese Efi das trotz Gegenstimmen vom Parlament beschlossene Gesetz, welches die Besteuerung von Kirchenministern und Staatsoberhäuptern legalisiert. Dies geschah das erste Mal seit Samoas Unabhängigkeit vor 55 Jahren.

Der samoanische Finanzminister Tialavea Tionisiomusste musste daraufhin den kirchlichen Vertretern erklären, dass die Idee für das Gesetz von ihm stamme und nicht von der Regierung.

Auch viele Parlamentarier waren gegen die Besteuerung. Sie meinten, die Besteuerung von Pastoren sei ein Schritt in die falsche Richtung. Aufgrund der nicht enden wollenden Kritik legte der Finanzminister die Gehaltsgrenze

für die Besteuerung kirchlicher Mitarbeitender auf jährlich 15.000 US-Dollar fest. Wer weniger als diese Summe im Jahr verdient, muss demnach keine Steuern an die Regierung abführen.

Zur weiteren Rechtfertigung führte der Minister aus, dass Steuern ein unerlässlicher Beitrag der Menschen zur Hilfe bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung und der Infrastrukturentwicklung seien. (*Samoa Observer* 09.07.17)

Schuldenzahlung an Kirche umstritten

Cook-Inseln: Die *Cook Islands Christian Church* (CICC) in Rarotonga fordert den Staat auf, angehäufte Mietschulden in Höhe von mehr als 800.000 US-\$ auszugleichen. Die hohen Schulden entstanden durch ein langjähriges Mietverhältnis zwischen Kirche und Staat, bei welchem von staatlicher Seite mehr als 20 Jahre lang keine Miete für kirchliche Immobilien und Grund gezahlt wurde.

Zunächst versuchte der Staat, die Mietschuldenklage mit Hilfe von Neuseelands Top-Anwälten abzuwenden, was jedoch nicht gelang. Da die Regierung nicht riskieren wollte, die Frage im „High Court“ zu diskutieren, stimmte sie der Zahlung zu. Da die genauen Schulden sich auf 846.000 US-\$ belaufen, die Kirche jedoch nur 800.000\$ fordert, beschloss der Staat die Erlassung von 47.000 US-\$ anzunehmen und die Schulden im Laufe von mehreren Haushaltsperioden zurück zu zahlen. Jedoch wird das Geld nicht offiziell an die Kirche gezahlt, sondern geht als Zuschuss zum CICC-Trainingszentrum.

Die Regierung ertete für ihren Entschluss viel Kritik, da das Geld aus der Haushaltsperiode 2017/2018 nach Meinungen vieler Menschen besser in Bereiche wie die öffentliche Sicherheit, die Polizei oder in das Gesundheitswesen hätte investiert werden müssen. (*Cook Islands News* 11.07.17)

ZU GUTER LETZT

Offener Brief von Frau Victoria-Lola Leon Guerrero Yo'ña aus Guam an den Staat Amerika.

Erschienen in der *Boston Review*, 11. August 2017, mit freundlicher Genehmigung der Autorin

Dear America,

I am glad that you are finally paying attention to what is happening in Guam. Many of you, as I am reading online, are asking for the first time, "What is Guam?" Every day growing up here, we have been told all about you.

I am sorry that it is only when we are the subject of bombs that you even attempt to say the word Guam; there are so many more interesting things I wish you would want to know about us.

We, on the other hand, are not as surprised by the latest bomb threat. We are quite used to hearing Guam and bomb in the same sentence. Every month or so, when another missile is tested, or rhetoric fired, we hear how North Korea, or China, or Russia could bomb Guam.

I have even saved pictures of China's infamous "Guam Killer" bombs on my computer so our Independence group can use it in Independence 101 presentations as an example of why we need to get free now.

Yes, there are people in Guam who want independence from you. But there are also people in Guam who hear these threats of bombs and cower to the hype. They start to believe that we need your mighty military bases and beg for more, because then we would not be bombed, right? But you have been the source of all our bomb problems.

The worst bombs that have ever been dropped on Guam were yours near the end of World War II. At the beginning of the war, you left us defenseless to the Japanese, knowing full well that they were planning to invade Guam all along. You safely boarded your white military wives on ships and sent them home months before the attack, but did

nothing to protect us.

That's right, the last time an invading nation that you said you would protect us from attacked, you surrendered in 2 days and left 20,000 people to suffer, many falling victim to the most atrocious of war crimes. But we are strong and we survived not just that ugly war but also the losses that came after. When you returned in 1944, you leveled our island with your bombs, leaving most families without a home to return to. We were scattered and displaced so you could build your enormous bases.

And we were so grateful to you that our people served and continue to serve your military and die for your freedom in higher numbers per capita than you.

Today you occupy nearly one-third of our island, and station bombers and nuclear powered submarines here to flex your might to our neighbors.

You play endless war games emitting fumes and dumping waste into our air, water, soil, bodies. We breathe in the fallout when you test your bombs on our sister islands upwind—those clouds make their way down here. We eat fish from the waters you bomb around us. Grieve the beached whales who rot at the shore, led astray by your sonar testing.

We are being made to sacrifice—with no consent (and for many of us, against our will)—access to sacred ancient villages and a thousand acres of a lush limestone forest habitat that you want to destroy to build a firing range for your Marines. You fly bombers over my home at ungodly hours. Come on, America, I am raising babies here.

Little ones, who notice when your flag is flown above theirs, and don't like it. Who hide under the slide at their playground and tell their friends to duck when your blaring B-1s, B-2s, be everything in their safe zone. There is a sign on the road that reads, "Slow down, children at play."

Will you please slow down and allow my children to play? I want them to grow up here. This is

their/my/my mama's mama's mama's homeland. There is no other place in the world I want them to be. I understand that for many "Americans," you had to flee your homeland. That America became your better life, or at least the promise of it. That many of you long for your homeland and can't return.

And sadly, many of you don't think enough about the indigenous Americans whose lands and lives were stolen to manifest this destiny. But this land, this beautiful island everyone wants to bomb because of you, is my land, not yours. And I don't want to flee. I left my land once for your college education. But I ached for home the entire time.

As soon as I got my degrees, I came back to use them here. My home is my better life. I am nourished by my land, where my family grows our own food. I am raising bright babies, with the jungle as their backyard, and this is the life my ancestors wanted for me and for them. I want to go to sleep peacefully knowing that my family is safe in our home. So please, stop all this bomb talk. And instead, ask yourself why Guam is still your colony in 2017. Good night and good morning..., "

Info: Die Autorin studierte Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität von San Francisco. Derzeit macht sie in Kalifornien ihren Master im Fachbereich „kreatives Schreiben“. Sie schreibt weltweit für Zeitungen über die Entkolonisierungsbewegung auf Guam und hat bereits ein erfolgreiches Kinderbuch veröffentlicht.

(<http://www.guamopedia.com/victoria-lola-leon-querrero/>)

IN EIGENER SACHE

Die Pazifik-Infostelle in den sozialen Netzwerken

Die *Pazifik aktuell* informiert Sie viermal im Jahr über wichtige Nachrichten und Neuigkeiten aus dem Pazifik. Auf unserer Facebook-Seite

(www.facebook.com/Pazifikinfostelle/) finden sie jeden Tag Informationen, Nachrichten, Kulturelles, Lustiges, Events in Deutschland und vieles mehr. Neue Publikationen werden dort vorgestellt, über Termine informiert und die wichtigsten Nachrichten aktuell weitergegeben.

Schauen Sie doch einfach mal vorbei und werden sie Abonnent unserer Facebook-Seite! Wir freuen uns auch sehr, wenn Sie die Seite mit „Gefällt mir“ markieren und Bekannte einladen, der Seite zu folgen. So helfen Sie uns, in Zukunft eine noch größere Reichweite mit unseren Informationen zum Pazifik zu erzielen und auf Facebook ein Statement für Völkerverständigung und gegen Ressentiments zu setzen.

Darüber hinaus finden Sie auf unserer Homepage (www.pazifikinfostelle.org) stets umfassende Informationen zu den pazifischen Staaten und Inseln, zu Terminen, Links und natürlich auch zu Infostelle und Pazifik-Netzwerk e.V.

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„*pazifik aktuell*“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE29520604100001030108
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

Australien Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • Marianas Variety • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Daily News • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Solomon Islands Broadcasting Association • Tahiti-Press • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de